

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1932**

263 (11.11.1932)







### Besprechungen mit den Ländern

Wie wir in Ergänzung der amtlichen Mitteilung über den Empfang des Kanzlers beim Reichspräsidenten erfahren, werden die Besprechungen mit den Parteien um das Wochenende beginnen. Das politische Programm, das die Grundlage der Verfassungsreform, die neben den großen wirtschaftlichen Fragen in der nächsten Zeit das Hauptproblem sein wird.

Die Besprechungen mit den Regierungschefs der Länder beginnen Samstag nachmittag zunächst mit einer gemeinsamen Besprechung des Reichskanzlers mit den Vertretern von Bayern, Württemberg, Baden und Sachsen. Es war von vornherein nicht in Aussicht genommen, eine gemeinsame Konferenz aller Ländervertreter abzuhalten, vielmehr nur mit Bayern, Württemberg und Baden eine solche Besprechung vorzubereiten. Dann ist noch Sachsen hinzugekommen. Die Vertreter der übrigen Länder werden, soweit sie den Wunsch haben, vom Kanzler einzeln empfangen.

### Papen und Braun

Wie wir erfahren, hat Reichskanzler v. Papen in den preussischen Ministerpräsidenten Braun am Dienstag nachmittag einen Brief geschrieben, in dem er sich ihm für eine persönliche Aussprache über die Fragen zur Verfügung stellt, die in dem bekannten Schreiben Dr. Brauns an den Reichspräsidenten behandelt wurden. Der Reichspräsident hatte dieses Schreiben dem Reichskanzler zur Nachprüfung und Erledigung übermittelt. Der Kanzler hält es also für richtig, zunächst, falls auch Dr. Braun das Bedürfnis drückt, den Weg einer persönlichen Aussprache zu wählen.

### Aus dem Reichsrat

Berlin, 10. Nov. (Eig. Draht.) Am Donnerstagabend trat der Reichsrat nach mehrmonatlicher Pause wieder zu einer Vollversammlung zusammen. Presse und Öffentlichkeit waren unermesslich stark vertreten. Für die Reichsregierung war Reichsminister Freiherr v. Gaus mit seinem Staatssekretär Dr. Zweigert und dem Ministerialdirektor Dr. Gottheiner erschienen, für Preußen waren die Ministerialdirektoren Dr. Bracht, Dr. Badt und Dr. Cohnmann anwesend. Ministerialdirektor Dr. Bracht gab namens der preussischen Staatsregierung folgende Erklärung ab:

Seit mehr als 3 Monaten hat der Reichsrat nicht tagen können, weil die Reichsregierung durch ein, wie nunmehr feststeht, mit der Reichsverfassung nicht in Einklang stehendes Vorhaben die preussische Staatsregierung an der Wahrnehmung ihrer Rechte und Pflichten im Reichsrat verhindert hat. Es war der Wunsch der preussischen Staatsregierung, das Vorhaben im Reichsrat still zu übergeben. Sie hat daher in eine Aufhebung der ersten Vollversammlung des Reichsrats bis auf mehr als zwei Wochen nach der Entscheidung des Staatsgerichtshofs gewilligt. Leider ist es in dieser langen Zeit nicht gelungen, trotz des größten Entgegenkommens der preussischen Staatsregierung eine befriedigende Regelung herbeizuführen. Auf Wunsch von Persönlichkeiten aus der Mitte des Reichsrats, die sich um eine solche Regelung bemühen und die Hoffnung haben, daß sie bis Samstag zustandekommt und im Interesse anderer letzter Versuche um eine Verständigung, steht die preussische Staatsregierung davon ab, die Sachlage heute genauer darzustellen.

### Tagesschau

Wien, 10. Nov. Der neue Direktor des Internationalen Arbeitsamts, S. Butler, traf heute hier ein, um sich über Probleme auf dem Gebiet der Sozialpolitik zu beraten.

Washington, 10. Nov. Baldwins Forderung nach einer Revision der Kriegsschulden wird im Staatsdepartement heute kommentiert, daß in diesen Fragen der geschäftlich vorgefertigte und vertraglich festgelegte Weg eingeschlagen werden müsse. Die Schuldner müßten sich also an das amerikanische Schicksal wenden. Da beide amerikanischen Parteien sich gegen eine Streichung der Kriegsschulden ausgesprochen haben, so dürfte im Kongress ein Antrag auf Revision der Schulden nur dann Gehör finden, wenn in der Rückfragefrage erhebliche Abstriche an den Rüstungsausgaben Europas erzielt würden.

Zürich, 10. Nov. (Eig. Draht.) In der Affäre der falsch-fischen Spindelorganisation in der Schweiz sind drei weitere Verhaftungen vorgenommen worden. Unter den Verhafteten befindet sich auch der Anarchist Samboni.

### Akademische Lausbuben

Breslau, 10. Nov. (Eig. Draht.) Am Donnerstag kam es in der Universität Breslau zu schweren Studentenrazzias in- und außerhalb der Lehrräume.

Die Ursache war die von der juristischen Fakultät veranlaßte Berufung des Rechtswissenschaftlers Professor Dr. Ernst Cohn. Obwohl er politisch auf dem Boden der „nationalen Parteien“ steht, beschloßen seine juristischen Gefinnungs Freunde, die Vorlesungen Cohns mit Gewalt zu stören. Am Donnerstag erfolgte der wohl vorbereitete Angriff, als der fähige Rechtslehrer seine Vorlesungen beginnen wollte. Der Rabau und die Beschimpfungen waren so heftig, daß Cohn flüchten mußte. Erst mit Hilfe der Polizei konnte die Ruhe wieder hergestellt werden. Dieses beschämende Schauspiel wiederholte sich eine Stunde später. Diesmal mußte die Polizei sogar Verhaftungen heranziehen. Auf der Straße griffen die Studenten die Polizei an, und als Cohn später das Universitätsgebäude verließ, wurde er geschlagen. Die Polizei mußte ihn schützen und nach Hause bringen. Auch die SW. beteiligte sich aktiv an den Zusammenstößen. Rektor, Senat und Fakultät haben sich in einer gemeinsamen Erklärung hinter Cohn und gegen seine Angreifer gestellt.

In Berlin werden streikende Arbeiter, weil sie sich an einer Ansammlung beteiligten oder einen Stein geworfen haben, zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt. Die Nazistudenten aber können Rabau machen auf Kosten des Staates, der die Universitäten unterhält und jährlich für jeden Studierenden einige tausend Mark Untkosten draufzahlt.

### Skandale um Hitler

Braunschweig, 10. Nov. (Eig. Draht.) In Braunschweig liegen sich die Regierungsparteien, Deutschnationale und Nationalsozialisten, kräftig in den Haaren. Der deutschnationale Landesvorsitzende erklärte am Donnerstag, daß die Nationalsozialisten seinerzeit versucht hätten, daß für Adolf Hitler eine Professur für Politik an der Technischen Hochschule in Braunschweig eingerichtet werden solle. Die Deutschnationalen hätten sich bei diesem Vorgehen an den Kopf gefaßt und die Klamage nur dadurch verhindert, daß sie einer Ernennung zum Regierungsrat zugestimmt hätten. Der Professor für Politik sei noch eine höhere Verleumdung gewesen, als der Gewerkschaftsminister von Hildburghausen.

Hitler hat kürzlich noch keine Stunde Dienst für den Freistaat Braunschweig getan, obwohl für ihn ein Gehalt von jährlich 6000 Mark ausgeworfen werden.

## England für Gleichberechtigung

### Bemerkenswerte Erklärungen des englischen Außenministers Simon für Deutschlands Gleichberechtigung

WLB. London, 10. Nov. Im Unterhaus fand heute die mit großer Spannung erwartete außenpolitische Debatte statt. Major Attlee brachte einen Antrag der Arbeiterpartei ein. In der Begründung führte er u. a. aus, daß die Abrüstungskonferenz eine Fortschritt mache. So habe sich das ganze Land eine tiefe Enttäuschung bemächtigt. Die englische Regierung müsse der Konferenz eine entschiedene Führung geben. Zu der Forderung Deutschlands auf Gleichberechtigung laute der Redner: Jedermann erkenne keine Meinung nach an, daß England grundsätzlich Deutschland die Gleichberechtigung nicht verweigern könne. Allerdings sei fraglich, ob Gleichheit Abrüstung oder Aufrüstung bedeuten werde.

Der Staatssekretär des Äußeren, Sir John Simon verlas eine Erklärung, in der es u. a. heißt:

Mit Bezug auf die Regelung der Schwierigkeiten, die sich aus der deutschen Gleichberechtigungserklärung ergeben, zeigt die britische Regierung an, daß sie in Hand mit einem fairen Entgegenkommen gegenüber Deutschlands Anspruch auf den Grund der Gleichberechtigung die europäischen Staaten sich in einer feierlichen Zustimmung vereinen sollten, daß sie unter keinen Umständen versuchen werden, irgendwelche gegenwärtigen oder künftigen Schwierigkeiten unter sich durch Rückgriff auf Gewalt zu lösen. Die Anerkennung des moralischen Rechtes Deutschlands auf Gleichheit der Behandlung mit anderen Nationen bräute für Deutschland u. a. die Annahme dieser entsprechenden Verpflichtung mit sich.

Ausgehend von der Annahme, daß eine solche Verpflichtung gegeben wird, wünsche ich, ganz deutlich die Ansicht zu erklären, die die Regierung bezüglich des Weges gefaßt hat, auf dem der deutsche Anspruch auf Gleichberechtigung erhoben werden soll. Drei große Punkte müßten erwoogen werden:

1. die Frage, ob die Beschränkung der deutschen Rüstungen in dem gleichen Dokument ausgedrückt werden sollte wie die Beschränkungen der Rüstungen anderer Nationen. Ich glaube, daß die Beschränkungen der deutschen Rüstungen in derselben Abrüstungskonvention enthalten sein sollten. Das bedeutet, daß die Artikel in Teil fünf des Versailler Vertrages, die gegenwärtige Deutschlands Waffen und Streitkräfte beschränken, außer Kraft gesetzt werde.

Der zweite Punkt betrifft die Dauer der Konvention. Wir sind der Ansicht, daß die neu ausgedrückten Beschränkungen für Deutsch-

land die gleiche Zeit dauern sollen und den gleichen Methoden der Revision unterliegen sollen, wie diejenigen anderer Länder. Es würde keine praktische Politik sein und es würde das gegenseitige Ergebnis hervorbringen, als was manche Leute sich vorstellen, wenn irgend jemand versuchen sollte, eine dauernde Vorfrist für eine große Nation zu machen, während sie für sich selbst und ihr Volk nur eine beschränkte Periode der Wirksamkeit forderten.

Der dritte Punkt betrifft das Problem der Gleichberechtigung in der Frage der Kriegsmaterialien. Deutschland hat erklärt, es habe keine Absicht, aufzurufen, sondern wünsche lediglich, daß grundsätzlich die Art der Rüstungen, die anderen Ländern gestattet ist, nicht ihm selbst verboten sei. Wenn Gleichberechtigung eingeräumt werden soll, dann muß dieses Prinzip anerkannt werden. England ist bereit, seine Bereitwilligkeit zu erklären, in Zusammenarbeit mit den anderen Mitgliedern der Abrüstungskonferenz darauf zu sehen, daß dieser Grund in die neue Konvention einbezogen wird. Durch welche Mittel und in welchen Stappen dieser Grund festgelegt werden kann, muß Gegenstand von Aussprachen in Genf sein. Es ist absolut notwendig, daß Deutschland an diesen Diskussionen teilnimmt.

In der Zwischenzeit wolle er für die Regierung folgende zwei Punkte klar machen:

1. Das Ziel der Abrüstungskonferenz sei, ein Maximum positiver Abrüstung zu erreichen, auf das man sich allgemein einigen könne, und nicht, im Namen der Gleichberechtigung Zunahmen in der bemessenen Stärke zu autorisieren.

2. könne die volle Verwirklichung des Grundgedankes der Gleichheit praktisch niemals auf einmal erreicht werden.

Ein praktisches Programm der Stappen sei notwendig. Natürlich würde gleiche Grundätze auf die Fälle von Österreich, Ungarn und Bulgarien angewandt werden.

Zum Schluß erklärte Simon, das britische Ziel sei, Deutschland zur Abrüstungskonferenz zurückzuführen.

Simon nahm dann Bezug auf den französischen Plan und die französischen Reden Herriots und Paul Boncour's. Der Plan stelle eine entschiedene Bewährung dar, dem deutschen Anspruch auf Gleichberechtigung zu entsprechen.

London, 11. Nov. Im Verlaufe der Unterhausdebatte behandelte Baldwin in einer Rede ausführlich die Frage der Luftwaffenrüstung. Er forderte alle Mächte auf, zu prüfen, ob die Luftwaffenrüstung derart kontrolliert werden könnte, daß die Abschaffung sämtlicher Luftwaffen möglich wäre. An dieser Angelegenheit müßte auch Deutschland teilnehmen.

## Hilfe in der Not

### Lehrreiche Beispiele / Kozis und Nazis stürzen Proleten ins Unglück Die Gewerkschaften können dann Hilfe leisten

Die Gefahr der Entlassung, von der bei der Berliner Verkehrs-Gesellschaft nach dem Zusammenbruch des von den Kommunisten und Nationalsozialisten inszenierten Streiks 2500 Arbeitskräfte bedroht sind, hat in so manche Familie der Berliner Verkehrsarbeiter schwere Sorgen gebracht. Die freien Gewerkschaften unter Führung des Gesamtverbandes haben am Mittwoch mit der Direktion der BVG über die Wiedereinstellung entlassener Arbeiter verhandelt. Namens der am Tarifvertrag beteiligten Gewerkschaften hat der Gesamtverband gegen die Entlassungen scharfen Protest erhoben.

Die Verhandlungen hatten zunächst das Ergebnis, daß die Direktion der BVG sich bereit erklärte, sofortige Nachprüfungen vorzunehmen; sie stellte Wiedereinstellungen in Aussicht, soweit es die Verkehrs- und Betriebsverhältnisse irgend zuließen.

Die Gewerkschaften verzagten nicht Böses mit Bösem. Die kommunistisch-nationalsozialistische Streikfront hat sie tagelang mit Dreck beworfen. Jetzt sollen die Gewerkschaften wieder aus der Patzke helfen. Sie werden ihr Möglichstes tun; denn sie wissen, was

es heißt, vor Eintritt des Winters die Arbeitsstelle zu verlieren. Aber der Kampf um die Wiedereinstellung wird schwer sein. Deutschland genug hat ja die BVG zu verstehen gegeben, daß sie bisher aus sozialen Gründen etwa 3000 Arbeitskräfte mehr beschäftigt habe, als unbedingt notwendig gewesen seien. Selbstverständlich wird man die BVG darauf aufmerksam machen, daß sie nun nicht einfach die Gelegenheit beim Schopf packen und sich ihre unüberflüssigen Arbeitskräfte vom Halbe schaffen kann. Auch die BVG muß die Kräfte im Dorf lassen. Jedenfalls werden die Gewerkschaften nichts unterlassen, um die Verkehrs-Gesellschaft zum Einlenken zu bewegen.

Lehrreich, überaus lehrreich ist die Situation, in die die Arbeiter der Berliner Verkehrs-Gesellschaft durch das Streikabenteuer der Nazi-Kozis-Front hineingeworfen wurden. Kommunisten und Nationalsozialisten sind in Deutschland nur dazu da, um über die Arbeiterhaufen Unheil zu bringen. Und immer wieder sind es nur die Gewerkschaften, die dem Arbeiter eine Möglichkeit und eine Hoffnung zur Hilfe bieten können.

## Politische Ueberfälle

### Naziterror in Sachsen

Chemnitz, 10. Nov. (Eig. Draht.) Bei den Zusammenstößen in Chemnitz am Mittwochabend wurden 7 Anhänger der Sozialdemokratie schwer, und 24 leicht verletzt. Die Nationalsozialisten sollen 10 Verletzte haben, die Polizei hat 5.

Es kann gar kein Zweifel darüber bestehen, daß der Ueberfall von den Nationalsozialisten auf die Teilnehmer der Revolutionsfeier der SPD, vielmehr organisiert war. Schon lange vor Schluß der sozialdemokratischen Versammlung wurden vor dem Kaufmännischen Vereinsgebäude, in dem die Feier der SPD stattfand, und in den umliegenden Straßen kleinere Trupps uniformierter Nazis beobachtet, die den Saalansatz dauernd im Auge behielten und sich orientierten, wie weit wohl die Veranstaltung geschritten sei. Nach 11 Uhr riefen die Nazis ihre Trupps durch Trompetensignale zusammen. Es ist ferner festgestellt worden, daß nationalsozialistische Motorradfahrer ihre Parteifreunde, die im Innern der Stadt herumlungerten, nach dem Kaufmännischen Vereinshaus dirigierten, mit dem Ruf: „Los, alles sofort nach dem Kaufmännischen Vereinshaus.“

Nach dem ersten Angriff, bei dem von den Nazis 5 bis 7 Schüsse abgegeben wurden, wichen die sozialdemokratischen Versammlungsbesucher in das Haus zurück an dessen Portal ein wildes Gekläne entstand. Die Arbeiterschaft sammelte sich, machte einen Ausfall

auf die Nationalsozialisten und trieb sie in die angrenzenden Straßen zurück. Darauf sammelten sich die Nazis zu einem zweiten Angriff, aus dem es wurde mehrmals geschossen. Mit kopflosen Blätterstücken schlugen sie Türen und Fenster im Kaufmännischen Vereinshaus ein. In diesem Augenblick erschien die Polizei, die die sozialdemokratischen Versammlungsbesucher mit gezogenen Pistolen im Schach hielt. Auf Geheiß der Polizei mußten sie im Saal bleiben, während das Ueberfallkommando die Straßen von Nationalsozialisten säuberte.

Interessant ist ein Zwischenfall, den ein Redaktionsmitglied der „Chemnitzer Volkstimme“ beobachtete: Während er mit einer Frage an den dienstherrschenden Polizeioffizier herantrat, kam ein SA-Führer auf den Offizier zu und verlangte von diesem die Erlaubnis, mit seiner SA-Truppe den Saal anzuräumen zu dürfen. Schon diese Behauptung beweist, was die Nazis vor hatten. Sie hatten offenbar erfahren, daß die Sozialdemokratische Partei sich die Veranstaltung auf einen Saalhaus durch das Reichsbanner verzichtet hatten, da nur eine Feier zum Jahrestag der Revolution abgehalten werden sollte. Lange nach Mitternacht, nachdem die Nazis endlich von der Polizei abgedrängt worden waren, wurden die sozialdemokratischen Versammlungsbesucher bezirksweg unter dem Schutze von Polizeistreifenwagen nach Hause gebracht.

### Diktatoren besuchen sich

WLB. Rom, 10. Nov. Ministerpräsident Mussolini empfing den ungarischen Ministerpräsidenten Gömbös heute zu einer langen Unterredung. Die außerordentlich herzlich verlief.

### Aus dem Naziland Oldenburg

Cutin, 10. Nov. Vom oldenburgischen Staatsministerium wurde heute mittag Bürgermeister Dr. Stoffregen telegraphisch die Aufhebung seiner Kurdispositionsstellung bestätigt. Kurze Zeit später ließ der Regierungspräsident in Cutin dem Bürgermeister eine neue Verfügung ausstellen, wonach Dr. Stoffregen bis auf weiteres beurlaubt und ihm aufgegeben wird, sich über die Dienstausübung zu enthalten. Der Bürgermeister hat sofort telegraphisch Beschwerde beim Staatsministerium erhoben.

### Eine unbegründete Verleumdung

WLB. Berlin, 10. Nov. Wie das „Mitteldeutsche Blatt“ berichtet, hat die Staatsanwaltschaft I in Berlin das Verfahren, das gegen den BVG-Direktor Probst wegen angeblicher Beleidigung der Starets geführt wurde, eingestellt.

### Stalins Frau †

Moskau, 10. Nov. In der Nacht zum Mittwoch starb plötzlich die Frau Stalins, Radischeva-Segulewina-Militschewna. Sie stammt wie Stalin selbst aus dem Kaukasus und war seine zweite Frau. Er hatte sie vor 13 Jahren als junges Mädchen von etwa 19 Jahren geheiratet. Außerhalb des nächsten Freundeskreises Stalins war sie nur wenig bekannt.



# Polizei und Reichstagswahl

### Von der Berliner Polizei

Wir lesen im „Vorwärts“:

„Die Anforderungen, die durch die letzten Tage vor der Reichstagswahl an die gesamte Berliner Polizei gestellt wurden, haben alles Bisherige noch übertroffen. In der Sicherung des Wahlortes trat die außerordentlich schwierige Arbeit, die der Verkehrsstreit den Polizeibeamten gebracht hat. Wenn trotzdem im allgemeinen die Beamten ruhig und besonnen ihre Pflicht taten, so verdienen sie Dank und Anerkennung. Seit Donnerstagmittag war die Mehrzahl der Berliner Schutzpolizisten nicht mehr aus der Uniform gekommen.“

Als ein erfreuliches Kennzeichen der Wahl in Berlin darf man die Tatsache ansehen, daß die Ergebnisse in den Wahllokalen, in denen überwiegend Polizeibeamte ihrer obersten Staatspflicht genügen, für die Sozialdemokratie und die übrigen republikanischen Parteien recht günstig ausgefallen sind. Als beste Stichprobe für die Frage nach der politischen Stellung der Polizeibeamten galt auch bei früheren Wahlen schon das Ergebnis des Polizeitrantenhauses in der Scharnhorststraße, in dem stets Beamte aus den verschiedenen Parteien und der großen Unterklasse abstimmten. Bei der Wahl am 6. November wurden im Staatsstranzenhaus folgende Stimmen abgegeben: Nationalsozialisten 40, Sozialdemokraten 133,

Kommunisten 3, Zentrum 31, Deutschnationale 37, Volkspartei 2 und Staatspartei 6. Die überwiegend größte Stimmenzahl hat also die sozialdemokratische Liste erhalten. Es stehen 172 Stimmen der republikanischen Parteien 78 Stimmen der reaktionären Listen gegenüber.

Auch hier zeigt sich, daß die Arbeit, die Männer wie Carl Seegering und Albert Grzesinski für den Staat und seine Polizei geleistet haben, nicht umsonst gewesen ist. Die Mehrzahl der Beamten hat erkannt, daß Volk und Polizei zusammengehören und daß es ein Verbrechen am Volke ist, wenn Maßnahmen dazu führen, wieder jene Entfremdung zwischen der Polizei und den Bürgern zu bringen, die dem Kaiserreichsdeutschland eigen war. In der Tat haben die „grundtätigen neuen Staatsführer“, die manchmal aus dem Ruch gehören (wiegen, aus dem modernen Polizeibeamtentum mit seinen staatsbürgerlichen Rechten wieder den völlig rechtlosen Soldaten zu machen, waren zudem wenig geeignet, für die Parteien der Reaktion zu werden. Der gesunde Sinn des republikanischen Beamten kränkt sich gegen die Kräfte, denen die frische Luft in den Polizeianstalten unerwünscht ist und die jene fidele Atmosphäre der Kaiserzeit wieder schaffen möchten, in denen Freiheit, eigenes Verantwortungsbewußtsein und Verbundenheit mit dem Volke nicht geblühten.“

# Papens sozialpolitisches Fiasko

### Sensationelle Feststellungen der Reichsanstalt

Seit Wochen beschäftigt sich die Öffentlichkeit mit den unheimlichen Ergebnissen, die die Papensche Lohnförderungsverordnung vom 5. September erzielt hat. Selten hat eine Verordnung größere Verwirrung, Erbitterung, größere Ungerechtigkeiten und Berechtigungsungleichheiten geschaffen als diese. Aber während noch die Anklagen gegen diese unbilligste Regelung auf dem Gebiet der Löhne sich täglich mehren, wird gleichzeitig — und in diesem Falle bemerkenswerterweise sogar durch amtliche Feststellungen — offenbar, welche untragbaren Zustände die erste Notverordnung der Papen-Regierung vom 14. Juni d. J. mit der Neuordnung der Arbeitslosenunterstützung heraufzuerufen hat.

Die erste Tat der Papen-Regierung bestand bekanntlich darin, durch diese Verordnung die durch hohe Beitragssahlungen erworbenen Ansprüche der Arbeitnehmer in der Arbeitslosenversicherung auf die minimale Dauer von 6 Wochen zu beschränken und die Weiterdauer der Unterstützung absondern von dem Vorliegen der sogenannten Hilfsbedürftigkeit abhängig zu machen. Diese Hilfsbedürftigkeit sollte nach den Wünschen der Reichsregierung genau so wie in der kommunalen Wohlfahrts- (Armen-)pflege gerichtet werden und zwar nicht durch die Arbeitsämter, sondern unmittelbar durch die Gemeinden. Die Regierung wurde damit bewußt, daß es auf diese Weise möglich sein würde, eine individuelle Prüfung der Verhältnisse der Arbeitslosen um eine dem Einzelbedürftigen angemessene Festsetzung der Unterstützungssätze durchzuführen.

Diese Regelung mußte, worauf die Gewerkschaften feinerzeit sofort aufmerksam machten, zu völlig unmöglichen Ergebnissen führen. Das ist vorliegende amtliche Gutachten des Prüfungsdienstes der Reichsanstalt für die Durchführung der Hilfsbedürftigkeit beweist, daß alle Bestimmungen, die man an die Neuordnung knüpfen konnte, bei weitem übertroffen wurden. Gleich zu Beginn stellt das Gutachten fest, daß die den Gemeinden gestellten Forderungen „zu einem erheblichen Teil verpasst und oft auch nur auf wiederholte Vorstellungen beim Arbeitsamt einleiert“, daß selbst innerhalb des gleichen Arbeitsamtsbezirks „das verschiedenste Interesse der Gemeinden an der Mitarbeit zwangsläufig zu verschiedener Behandlung an sich gleich gelagerten Tatbeständen“ geführt hat, daß „sich insbesondere in kleinen Gemeinden bei den Gutachten die sehr häufig verschiedene Grundinstellung der einzelnen Gemeindevorsteher nachteilig für eine gleichmäßige Behandlung auswirkte.“

Ausdrücklich wird festgestellt, es sei selbstverständlich, daß der heutige Rechtszustand zu einer völlig ungleichmäßigen und infolge dessen auch sozial ungerichteten Handhabung der Einzelfälle führe. Vor allem wird darauf hingewiesen, daß die außerordentliche Unterirdigkeit der Wohlfahrtsrichtsätze in den Gemeinden, die für die Hilfsbedürftigkeitsprüfung maßgebend sind, die Arbeitslosen in nahe beieinander liegenden Gemeinden mit völlig gleichen wirtschaftlichen Verhältnissen in ihren Sätzen völlig verschieden stellt, daß auch bei der Anrechnung von Einkünften und von Gelegenheitsdiensten keinerlei Einseitigkeit zu verzeichnen ist, und daß die Behauptungen der Gemeinden, „es sei aus der intimen Kenntnis der Gemeinden über die Verhältnisse ihrer Ortsansässigen eine weitgehende Individualisierung“ möglich, einwandfrei widerlegt sind. Dies gelte sowohl für die großen und mittleren wie auch für die kleineren Gemeinden.

Wie gerade in den kleinen Gemeinden verfahren wird, dafür gibt die Begründung zahlreicher abgelehnter Unterstützungsanträge ein anschauliches Bild. So wird die Unterstützung abgelehnt, weil „der Antragsteller noch nicht lange ortsansässig“ ist, oder „weil er Wanderarbeiter ist“, einem Arbeitslosen wurde die Unterstützung abgelehnt, „weil er sich in letzter Zeit einen Füllfederhalter gekauft hat“. In einer anderen Gemeinde wurde die Ablehnung begründet mit dem Bemerkung, „daß vor 50 Jahren, wenn jemand keine Mittel zu leben gehabt habe, er den Bettelstab erarbeiten müßte, und so mag der Arbeitslose das auch heute noch tun“. Daß auch verwandtschaftliche und politische Verbindungen für und gegen die Arbeitslosen gerade in den kleineren Gemeinden eine Rolle spielen, wird mehrfach dargelegt.

Wie wirksam bei der Hilfsbedürftigkeitsprüfung bei den Gemeinden verfahren wird, zeigt vor allem die Tatsache, daß selbst bei ordnungsmäßigen Einreichungsverfahren in einem ungewöhnlich hohen Prozentsatz der Fälle die ursprüngliche Entscheidung zu Gunsten der Arbeitslosen abgeändert werden mußte. So liegen in 20 Fällen, in denen im ersten Gutachten der Gemeinde insgesamt nur 17 Mark Unterstützung bewilligt worden waren, diese Bewilligung nach zweimaliger Nachprüfung durch den Bezirksfürsorgeverband bis auf 153,50 Mark. In Landesarbeitsamt Rheinland wurden von 280 000 bis Ende Juli erstmals erstatteten Gutachten nicht weniger als 19 674 abgeändert und zwar sämtlich zu Gunsten der Arbeitslosen. Krasser kann wohl die völlige Unzulänglichkeit der schematischen Gutachten der Gemeinden nicht beleuchtet werden.

Den Gemeinden und Bezirksfürsorgeverbänden wurde eine Aufgabe übertragen, die sie gar nicht erfüllen können. Es ist ein gewaltiger Unterschied, ob im Wege der Wohlfahrtspflege einzelne Fälle der Verarmung individuell erfaßt und betreut werden sollen, oder ob eine Millionenchar von arbeitsfähigen Arbeitnehmern, die das Klassenfiasko der Arbeitslosigkeit erleidet, versorgt werden muß. Und weil das so ist, darum ist die Durchführung einer Hilfsbedürftigkeitsprüfung gegen die Arbeitslosen nicht nur eine Angelegenheit, sondern auch eine Maßnahme, deren finanzieller Ertrag in keinem Verhältnis zu den Aufwendungen des notwendigen Verwaltungsapparats steht. Darum ist es aber auch, wenn schon der Unterhaltungsbezug vom Nachweis der Mittellosigkeit abhängig gemacht werden soll, grundsätzlich verfehlt, diesen Nachweis mit den Methoden der Armenpflege zu prüfen.

Das Gutachten, das durch kleine politische Ausfälle zur Genüge seine Unverständlichkeit im Sinne einer arbeitnehmerfreundlichen Einstellung darlegt, erklärt sowohl die Gemeinden als auch die Be-

zirksfürsorgeverbände für ungeeignet, die Entscheidung über die Hilfsbedürftigkeit der Arbeitslosen zu treffen. Die Begründung dieser seiner Feststellung entspricht im weitestlichen der Auffassung der Gewerkschaften und nebenbei auch den Gedankenansichten, die bereits früher in dem Entwurf der SPD-Fraktion für ein Gesetz über Arbeitslosenfürsorge als Ergänzung der Versicherung enthalten waren. Das Gutachten verlangt zum Schluß die Übertragung der gesamten Prüfungen an die Arbeitsämter, weil sie ihrem Aufbau und ihrem Aufgabengebiet nach die geeigneten Stellen seien.

Vorbereitung für eine gerechte Durchführung des Gesetzes ist natürlich vor allem die Wiederherstellung einer gerechten Rechtsgrundlage. Die Papensche Notverordnung vom 14. Juni muß verschwinden. Die Versicherungsgrundlagen in der Arbeitslosenversicherung müssen wieder herbeiführt werden. Eine Arbeitslosenfürsorge zur Verfolgung der Ausgefuehrten muß unabhängig von der Wohlfahrtspflege geschaffen werden. Auch die Gemeinden und ihre Verbände dürften das jetzt hoffentlich einsehen.

## Vorschläge zur Weltwirtschaftskonferenz

### Werdra sie auch befolgt?

Genf, 10. Nov. (Fig. Ver.) Die von der Lausanner Konferenz eingesetzte Kommission zur Vorbereitung der Londoner Wirtschaftskonferenz hat sich bis auf weiteres vertagt.

Ueber die Arbeit des ersten Tagungsabschnittes gab der Vorsitzende Trip-Dolland vor der Presse einige Erklärungen ab. Es sei völlig falsch, von einem Fehlschlag schon jetzt zu sprechen. Die Kommissionsmitglieder würden die erhaltenen Aufklärungen jetzt mit ihren Regierungen besprechen und sagen, welche Möglichkeiten von Anregungen und Verständigungen mit welchen und in welchen Richtungen sich zeigen könnten. Nach diesen Studien und Verhandlungen werde eine zweite Tagung möglich sein konkretere Schritte zu erlauben.

Während der Beratungen wurden alle Kommissionsmitglieder untereinander und mit dem Vorsitzenden in ständiger Verbindung bleiben und ihre Vorschlagsvorschläge für eine allgemeine Annahme in London mitteilen.

In dem Geheimbericht der Vorbereitungskommission, der an das Komitee erstattet wird, wird zunächst hervorzuheben, daß die Regelung des internationalen Schuldensystems erst einen Erfolg der Londoner Konferenz überhaupt möglich machen könne. Der Finanzbericht betont die Notwendigkeit

einer dauernden Zusammenarbeit der Notenbanken, besonders unter dem Gesichtspunkt einer vernünftigen Goldverteilung. Das Gold müsse internationaler Wertmesser bleiben. Die Rückkehr zur Goldwährung sei eine der wichtigsten Aufgaben. Im Wirtschaftsbericht wird festgestellt, daß alle Maßnahmen zur Behebung der Agrarnot nur gleichzeitig von der Geld- und der Wirtschaftsseite her unternommen werden dürften, um Erfolg zu haben. Für alle diese Zwecke müsse der Anfang zum Aufstieg mit der Befreiung der mengenmäßigen Einfuhrkontingentierung gemacht werden, auf die dann leichter die Senkung der Zölle folgen könne. Auslandsschulden könnten nur durch Lieferung von Waren und mit Arbeit bezahlt werden. Abschließend wird in dem Bericht betont, daß die Notwendigkeit internationaler öffentlicher Arbeiten zur Belebung der Wirtschaft und zur Verminderung der Arbeitslosigkeit unerlässlich sei.

## Höher mit dem Brotkorb

### Ist eine neue Getreidezufuhr notwendig?

Kurz vor den Wahlen wurde bekannt, daß die Regierung mit Hilfe eines größeren Reichskredits in den Getreidemarkt einzugreifen beabsichtige, um die Getreide- und Futtermittelpreise in die Höhe zu treiben. Die Stützungsstellen haben auch bereits in der Woche vor der Wahl größere Mengen Getreide aufgekauft und die Preise damit nach oben gezogen. Die Regierung läßt keinen Zweifel darüber, daß die Stützungsstellen ihre Aufkäufe fortsetzen werden. Dazu sollen noch andere Mittel der Preisstabilisierung treten. Die Betroffenen, also erstmals die Verbraucher, dann die ganze Geschäftswelt und schließlich die bäuerliche Wirtschaft, fragen, ob eine derartige Verwendung von Steuergeldern durch die tatsächlichen Verhältnisse geboten ist? Die Kaufkraft der breiten Bevölkerung kann jetzt und auch später eine Preissteigerung unter keinen Umständen vertragen. Die Lage der bäuerlichen Wirtschaft, die auf billige Futtermittelpreise angewiesen ist, würde durch eine erzwungene Getreidepreisaufhöhung bedenklich verschärft und unheilvoll kompliziert.

Die Getreidelage in Deutschland rechtfertigt unter keinen Umständen die von der Regierung propagierte Magazinierungsaktion. Trotzdem will die Regierung einen Stützungscredit von 100 Millionen Mark zur Verfügung stellen. Sie ist überzeugt, daß davon 25 Millionen Mark von vornherein verloren sein werden. Man könnte sich mit einer Magazinierung einverstanden erklären, wenn wirklich ein absoluter Lebensmittelnotstand vorhanden wäre, den man in das nächste Jahr hinüberretten müßte. Das ist aber nicht der Fall. Es handelt sich also bei dem Regierungsprojekt um eine der ähstlichen Subventionen, die bei der gegenwärtigen Reichsregierung zur Gewohnheit geworden sind. Man will nunmehr der Großgarantie und zu Ungehören der Verbraucher, der Geschäftswelt und der Bauern die Getreidepreise in die Höhe treiben.

## Die Vorgänge in Genf

Genf, 11. Nov. In Basel, Bern und Zürich fanden am gestrigen Donnerstagabend kleinere sozialistische und kommunistische Kundgebungen gegen die Genfer Vorfälle statt, die jedoch in aller Ruhe verliefen. Auch in Genf war alles ruhig.

Genf, 10. Nov. Das Justiz- und Polizeidepartement hat den Verkauf der sozialistischen Zeitung „Travail“ in den Straßen verboten. Der Verkauf in Zeitungskiosken ist zugelassen.

Genf, 10. Nov. Der Bundesrat hat beschlossen, das Dragonerregiment 2 alarmbereit zu stellen. Die Regierung des Kantons Bern hat Alarmbereitschaft der Gebirgsjägerbrigade 9 und der Kavalleriebrigade 2 angeordnet.

## Partei-Nachrichten

### Der Parteiausflug

Der Sozialdemokratie beghäftigte sich am Donnerstag, nach einem Referat des Parteiführers Otto Weis mit der durch den Ausfall der Reichstagswahlen geschaffenen politischen Lage. Es herrschte Heiterkeit über die Lage, daß es für die Sozialdemokratie nur schärfsten und rücksichtslossten Kampf gegen die jetzige Reichsregierung und ihre völkerverfeindlichen Pläne gebe. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird am Donnerstag, den 17. November, zusammenzutreten und weitere Beschlüsse für ihre Vorgehen im Reichstag fassen.

# Milde allein, das ist zu wenig

Es ist soviel die Rede von "milden" Zigaretten. Als ob es eine besondere Kunst wäre, eine milde Zigarette herzustellen! Wenn Ihnen Ihre Marke bei aller Milde nicht mehr schmeckt, dann liegt's daran, dass sie kein Aroma hat. Der OBERST Raucher hat die Gewissheit, eine 3 1/3 Pfg.-Zigarette nach dem bewährten Rezept einer aromatischen 5 Pfg.-Marke zu rauchen.



**OBERST**  
die 3 1/3 Pfg.-Zigarette

**3 1/3 OBERST** Bei der nach teurer Marken Art sich Milde mit AROMA paart?



# Freistaat Baden

## Die Kommunisten und wir!

Auch ein Beitrag zum Wahlausfall

Ein älterer und rednerisch tätiger Parteigenosse schreibt uns: Die Kommunisten haben am 6. November in Baden 27 000 Stimmen gewonnen, die Sozialdemokraten 18 000 Stimmen verloren; es scheint notwendig, unsere Bekämpfungsmethoden gegen den Kommunismus zu prüfen. Die badische Parteipresse hat auch in diesem Wahlkampf voll auf ihre Pflicht getan und den Kommunisten nichts geschenkt. Gleichwohl muß man sich fragen: Können wir nicht auch noch andere Wege gehen?

Die arbeitslose Jugend unter der Arbeiterschaft läuft so ipso den Kommunisten nach; sie weiß nicht, was die Sozialdemokratie in jahrelangem Kampf gegen Regierung, bürgerliche Parteien und bürgerliche Gesellschaft für die Arbeiterschaft bereits erkämpft hat. Ich hatte mir für meine Wahlversammlungen zwölf Punkte zusammengestellt, welche in knapper Form das Erreichte auf dem Gebiete der Sozialpolitik, der Arbeitslosenversicherung, der Tarifverträge, des Betriebsrätegesetzes, der Arbeitszeit, und vor allem der Stundenlöhne unter der Reichsstaatsleitung des verstorbenen Gen. Müller und des derzeitigen Reichsstaatsleiters von Papen aufzählte. Ich bemerkte, das machte Eindruck! In einer Versammlung lagte hierzu ein junger Kommunist, der vorher den Mund über diese „verräterischen“ Sozialdemokraten recht weit aufgerissen hatte, ganz offenherzig: „Ja, das habe ich nicht gewußt; davon ist bei uns Kommunisten noch nie die Rede gewesen!“

Den Disputierenden fragte ich dann weiter: „Welche Gesetze und Besserungsvorschläge haben die Kommunisten für die Arbeiterschaft durchgebracht, wo sind ihre parlamentarischen Erfolge?“ Er schwieg und schweig auch, als ich ihm die Frage stellte, welchen Zweck für die Kommunisten der große Stimmzettelaufbau habe, denn auszulassen wählten die Kommunisten damit für die Arbeiterschaft doch nichts.

Nach dieser Richtung hin sollte man die Bekämpfung des Kommunismus richten. Die Kritik an Rußland und russischen Einrichtungen verpufft. Die Kommunisten schwören nun einmal auf Rußland und da dort selbst keine Pressefreiheit wie in Deutschland besteht, werden wir nie Klarheit über russische Verhältnisse bekommen.

Am 13. Oktober hat in Moskau der Sowjetbeauftragte Manuilski beim russischen Politbüro den Antrag gestellt, für illegale Streiks, Aufrechterhaltung der kommunistischen Presse in Deutschland und deutsche Wahlen 10 Millionen Goldmarken zu bewilligen. Zur Begründung führte er an, es gäbe nur ein Rezept, um den Kommunismus in Deutschland zum Erlös zu verhelfen, das sei die Zerstückelung der Sozialdemokratie. „Und Paris ist uns eine Messe wert“. Der Antrag Manuilski wurde einstimmig angenommen und die deutschen Kommunisten sind der Sorge entbunden, wie sie die Wahl vom 6. November finanzieren. Ist das nicht beschämend für deutsche Arbeiter, daß sie sich ihre politische Taktik vollständig vom Auslande vorschreiben lassen müssen!

Wie steht es mit unserer Situation auf den Stempelstellen, in den Arbeiterkassen der Arbeitlosen und bei sonstigen Zusammenkünften der Arbeitslosen? Dort werden die kommunistischen Wahlen „gemacht“. Es ist durchaus zu begrüßen, daß der DGB (Allgemeiner deutscher Gewerkschaftsbund) nimmere Erwerbslosen-Ausschüsse eingerichtet hat. Ihre Arbeit ist schwer und die furchtbare Not und das Elend der Arbeitslosen als bester Nährboden für kommunistische Einflüsse bringt sie in überaus schwierige Situationen, aber ich sehe keine andere Möglichkeit, an die Arbeitslosen heranzukommen. Ich bestreite auch, daß der so oft ausgesprochene Satz: „Daran ist allein die Arbeitslosigkeit schuld!“ seine Richtigkeit hat.

Dann unsere Presse-Ergebnisse. Sie finden zu wenig den Weg zu den Arbeitslosen. Seitmanen können sich diese nicht kaufen, in Versammlungen können sie nicht gehen, weil sie nichts verschreiben können; es bleibt also bei ihnen doch und Verbitterung übrig. Wir können ihnen und sollten ihnen sagen: es gibt doch eine Rettung, eine Hoffnung, aus diesen trostlosen Zeiten herauszukommen. Immer wieder müssen wir ihnen sagen: mit dem Schlimpsten ist nichts getan! In den Parlamenten, in den Gemeindeverwaltungen und sonstigen Institutionen muß Hand angelegt werden, um immer wieder auf die furchtbare Lage der Arbeitslosen und der Fürsorgeempfänger hinzuweisen. Die Arbeitslosen haben Zeit, um zu lesen, zu arbeitslos und zu forschen. Man sollte also das Neueste tun, um ihnen ständig das von der Sozialdemokratie Geschaffene einzubämmern, und sie dadurch vom Kommunismus abzulenken. Der Sozialdemokratischen Partei ist in der langen Zeit ihrer Rämpferjahre schon manches gelungen, es muß möglich sein, ihr die Gesamtarbeiterschaft wieder zuzuführen. Dies bedingt unermüdete Arbeit und der Erfolg wird sich einstellen.

Das politisch und parlamentarisch natürlich alles einzuweisen ist, um die armen Opfer der kapitalistischen Krise aus dem Wirtschaftselend herauszubringen, ist nur nebenbei erwähnt. Die politische Taktik der Sozialdemokratie; in erster Linie den Faschismus zu bekämpfen, ist gewiß richtig und hat auch bei der letzten Wahl ziemlich gute Erfolge durch die Abnahme der nationalsozialistischen Stimmen erzielt. Wer es dort auch nicht so weiter gehen, daß wir mit regem Eifer den Faschismus bekämpfen und die Kommunisten nehmen uns die Stimmen ab! Wie dem sonst abzusehen ist, darüber werden sich unsere Funktionäre die Köpfe zerbrechen müssen.

## Nazi-Krebstag in den Amtsstädten

Aus dem Oberland wird uns geschrieben: Wenn man Vergleiche anstellt zwischen den Wahlergebnissen vom 31. Juli und 6. November, so fällt vor allem die hohe Einbuße der nationalsozialistischen Stimmen in den oberbadi-schen Amtsstädten auf, in welchen ohne Ausnahme die Nazis immer eifrig agitierten.

Da ist zunächst einmal Bad, wo eine eigene Nazi-Zeitung mit dem Namen „Grünelhorn“ herausgegeben wird. Hier sind die Stimmen für die Hitlerpartei von 4166 auf 3065 zurückgegangen. In der Amtstadt Emmendingen hatten die Nazis vor der Juliwahl in der Erwartung, Hitler werde am 1. August aus Baden kommen, im voraus alle öffentlichen Ämter (natürlich auch den Bürgermeisterposten) unter ihre Anhänger aufgeteilt. Mit der Verlegung werden sie noch lange warten müssen, denn in Emmendingen sank ihre Stimmenzahl in den erwähnten drei Monaten von 1757 auf 1328. Auch in Waldkirch pflichteten sie keine Vorbeeren, ihr Stimmenverhältnis betrug dort 314 (909 am 31. Juli, 595 am 6. November). Von 598 auf 388 verminderte sich ihre Stimmenzahl in Neustadt im Schwarzwald. In dem Hauptplatz des Markgräflerlandes, in Müllheim, verloren sie in der gleichen Zeit 186 Stimmen, in der Stadt Lörrach hielten sie trotz wilder Agitation 956 Stimmen ein. Schließlich sei noch auf Freiburg im Breisgau hingewiesen, in dem seit einigen Wochen eine Nazi-Tageszeitung erscheint. In der Stadt Freiburg allein ging die Nazi-Stimmenzahl vom 31. Juli bis zum 6. November von 17 805 auf 12 555 zurück, also um fast 5000 Stimmen. Wenn die Errichtung des dritten Reiches auf legalem Wege erfolgen soll, wird es, wie die vorerwähnten Wahlergebnisse

beweisen, noch eine schöne Weile dauern. Die Rosenkranzler im Nazi-Lager müssen sich noch recht lange gedulden. Alle die Profanen von der glänzend bestandenen Feuerprobe in den Nazi-Lagern können nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Nazis auf dem Krebsgang begriffen sind.

## Die Staatslehre der Verfassungs-Restauration

Papen — Gayls „wissenschaftliche“ Helfershelfer

Allemaal noch hat es in der Geschichte „Gelehrte“ und „Professoren“ gegeben, die sofort bereit waren, ihre „wissenschaftlichen“ Dienste zur Verfügung zu stellen, wenn es galt, Volksrechte zu Gunsten einer herrschenden Klasse zu verflüchtigen. Der Boden der gegebenen Verhältnisse hat jederzeit „Röcke“ gefunden, die bereit waren, ihn mit ihrem geistigen Dünge fruchtbar zu machen. Nicht zu Nutzen allerdings der Wissenschaft, die dadurch in weiten Kreisen an Ansehen und Wertschätzung des Charakters der Gelehrtenwelt verloren hat. Die hohen Herren allerdings haben immer von solcher „wissenschaftlicher“ Hilfsleistung gerne Gebrauch gemacht. Metternich hat seinen Genz gehabt, die konservative Partei ihren Julius Stahl, Bismarck seinen Lothar Bucher. Begreiflich, daß heute die „feinen Herren“, die auf den Krücken der Nationalsozialisten sich zur Herrschaft über Deutschland aufgeschwungen haben, nunmehr sehr schnell auch ihre „wissenschaftlichen“ Helfershelfer haben. Im Novemberheft der Zeitschrift „Reich und Länder“ veröffentlicht Professor Dr. Walter Jellinek, Seidelberg, Vorschläge über neue staatsrechtlich zulässige Wege zur Verfassungszurechtigung auch bei Verlagen des Reichstags — von der „Bad. Presse“ begierig abgedruckt, — die zeigen, wie gewisse Korpsparaden bereit sind, der verfassungsrechtlichen Rückwärtsbewegung in Deutschland freundschaftliche Dienste zu leisten. Um dem Volke rechtzeitig die Augen zu öffnen, wie diese Verfassungsreaktion formal-juristisch begründet werden soll, seien daher nachstehende aus den Darlegungen von Prof. Dr. Jellinek folgende Darlegungen abgedruckt:

„Das liegt es in der Hand des Reichspräsidenten, aus der Volksgesetzgebung ein brauchbares Instrument für Verfassungsreformen zu machen. Er braucht nur im Rahmen seiner Diktaturbefugnisse das Heer der Reichstagsmitglieder, hier der Reichstagsmitglieder, und dies scheint mir in der Tat rechtlich möglich zu sein. Nach Art. 73 Abs. 5 lautet ein — einfaches — Reichsgesetz das Verfahren beim Volksentscheid und beim Volksbegehren. Beim Volksentscheid ist es nicht unbedingt nötig, daß sich der Reichspräsident nicht, vielmehr steht es im Einklang mit der Verfassung, auch beim Volksentscheid, ähnlich wie im schiedlichen Landtag, Stillschweigen als Zustimmung zum vorkommenden Gesetzentwurf zu deuten. Der Reichspräsident könnte also auf Grund des Artikels 48 das Volksentscheidgebote dahin erlassen, daß bei Verfassungsänderungen auf Volksbegehren immer oder dann, wenn Regierung und Reichsrat dem Gesetzentwurf beistimmen, Fernbleiben von der Abstimmung als Zustimmung zum Entwurf gilt.“

„Ist somit die große, die verfassungsändernde Verfassungsreform zwar nicht unbedingt gesichert, aber doch dem Bereich des Möglichen entrückt, so ist es doch nicht nötig, daneben auf die Möglichkeit kleiner, die Verfassung unberührt lassender Verfassungsreformen hinzuweisen. Wegen des Reichstagswahlrechts bestimmt die Reichsverfassung Artikel 22, daß die Abgeordneten in allgemeiner, gleicher, unmittelbarer und abwechselnder Wahl von den Grundtagen der Verhältniswahl gewählt werden und daß der Wahltag ein Sonntag oder öffentlicher Ruhetag sein muß. „Das Nähere bestimmt das Reichswahlgesetz“. Nimmt man an, daß der Reichspräsident das Reichswahlgesetz durch Diktaturverordnung ändern kann, und diese Annahme ist mangels innerer Gegenstände berechtigt, so kann er alles anordnen, was den Wahlgrundlagen der Verfassung nicht widerspricht. So kann er zwar nicht das Wahlalter herabsetzen, wohl aber das Wahlalter erhöhen. Er kann zu statischen Zwecken und zur Vorbereitung künftiger gelegentlicher Beschlüsse getrennte Abstimmungen nach Geschlecht und Altersklassen anordnen, soweit dies ohne Verletzung des Wahlgebots möglich ist. Statt des automatischen Stimmabgabens kann er die proportionale Einzelwahl einführen, also etwa das enklische Wahlverfahren, bei dem in jedem Wahlkreis ein einziger Abgeordneter nach der relativen Mehrheit gewählt wird, oder das Wahlverfahren des Kaiserreiches, bei dem die absolute Mehrheit, möglichenfalls Stichwahl, entscheidet. Dem Verhältnisverfahren aber dadurch angepaßt, daß den durch Zahlenmangel zu ihrer getommenen Parteien im Wahlkreis oder aus einer Reichsliste Ergänzungsmandate zugewiesen werden. Ferner ließe sich der Gedanke einer Mobilisierung der Reichstagsmitglieder durch die Reichsregierung anheim geben, um im Einvernehmen mit gewissen Organisationen eine möglichst dem Parteigetriebe entrückte Hilfe von führenden Männern etwa der Wissenschaft, der Kunst, des Beamtenums und der Wirtschaft

aufzustellen, auf die die Stimmen aller derer fallen, die von der Wahl fernbleiben. Auch diese Einwirkung einer Gewisse von Pairs in das Reichstagswahlrecht dürfte mit den Grundzügen des Art. 22 noch im Einklang stehen, da es in den Reichstagsmitgliedern mit Ausnahme der verhältnismäßig sehr wenigen fürerlich Behindernten unweigerlich war, durch Abgabe eines Stimmzettels die Wahlabsichten jener Pairs zu verriern.“

Man sieht, es sind ja allerhand Winke mit dem Zaunpfahl, die da von „wissenschaftlicher“ Seite „juristisch“ begründet der Regierung der Barone gegeben, um dem deutschen Volke seine Schwere zu kämpfen die Rechte zu nehmen. Um so mehr muß es Aufgabe der breiten Volksmassen sein, mit offenen Augen den Ansturm der Reaktion abzuwehren, damit es nicht jahrzehntelanger Kämpfe braucht, um wieder zurückzuerobern, was jetzt durch die nationalsozialistisch-kommunistische Zerspaltung der deutschen Volksmassen verloren ging.

## Soziale Rundschau

### Verordnung über Jugendwohlfahrt

EMB, Berlin, 10. Nov. Die Verordnung über die Jugendwohlfahrt geht auf Vereinbarungen zurück, die zwischen dem Reich und den Ländern getroffen wurden und denen der Wunsch der Länder zugrunde lag, Erparnisse bei der Durchführung der Fürsorgeerziehung zu machen. Die Fürsorgeerziehung ist im wesentlichen Angelegenheit der Länder. Diese haben sich aber aufeinander erklärt, die Mittel für die Durchführung noch weiter aufzubringen. Bisher war nach dem Reichsgesetz bestimmt, daß Jugendliche nur bis zum 18. Lebensjahr, in Ausnahmefällen auch bis zum 20. Lebensjahr der Jugendfürsorge überwiesen werden konnten. Diese Altersgrenze ist jetzt auf 18, allerschöftens 19 Jahre herabgesetzt worden. Dadurch hofft man, erhebliche Erparnisse zu erzielen. Allerdings sind diese Bestimmungen nicht stark gefaßt. Es soll den Ländern überlassen bleiben, entweder im Gesamtrahmen oder in Einzelfällen auch bei der bisherigen Regelung zu bleiben. Eine weitere Neuerung gegenüber dem bisherigen Reichsgesetz besteht darin, daß in Zukunft auch schulpflichtige Jugendliche und vorpflichtliche Kinder der Fürsorge überwiesen werden können, wenn die allgemeinen Voraussetzungen dafür gegeben sind.

### Entlassung der Gemeinden

Eine halbe Maßregel

Zur Entlassung der Gemeinden, die unter dem Druck der Kosten für die Unterhaltung der Wohlfahrtsverbände schwer zu leiden haben, ist dieser Tage eine neue Verordnung erschienen, wonach ab 28. November bis 31. März keine Ausweisung mehr aus der Krisenfürsorge stattfindet. Also eine vorübergehende Verlangsamung der Besuchsdauer der Krisenunterstützung. Die Krisenunterstützung wird weiter gezahlt, auch wenn die Besuchsdauer erschöpft ist.

Auch dieser Entlassungsperiode ausgenommen der Gemeinden ist nur eine halbe Maßnahme. Es wird jetzt allmählich Zeit, daß durch die Schaffung einer einheitlichen Arbeitslosenfürsorge für die Ausgestaltung einer sozial erträglichen Versorgung gewährleistet wird.

### Notlage auch der Krankenkassen

Die Spitzenverbände der Krankenkassen und der Ärzte haben beschlossen, gemeinsam bei der Reichregierung die Einbeziehung der Kassen in das Sicherungsverfahren zu fordern, das bisherige Handhabung des Verfahrens bewirkt, daß erhebliche Zusatzumlagen einfließen gelassen sind. Die österreichischen Krankenkassen sind infolgedessen schon seit längerer Zeit nicht mehr in der Lage, die kostenärztlichen Honorare zu zahlen. In gleicher Weise leiden die Krankenkassen, die Apotheker, die Zahnärzte und die übrigen Heilberufe. Die Einbeziehung der Krankenkassen in das Sicherungsverfahren kann und soll, wie die Verbände ausdrücklich erklären, nicht eine Neubelastung der landwirtschaftlichen Betriebe herbeiführen.

Bisher waten alle von den Verbänden bei den Regierungsstellen unternommenen Schritte erfolglos.

### Weitere Bevorzugung der Versorgungsanwärter

Die Bevorzugung der Versorgungsanwärter bei der Aufstellung hat eine neue Erweiterung erfahren. Der Prozentanteil der Versorgungsanwärter, die bei öffentlichen Behörden beschäftigt werden dürfen, ist für die unteren Gruppen, d. h. für die Baumstoffe der Anwärter von 75 auf 90 Prozent erhöht worden. Im übrigen besteht seit dem 1. Juli ausgenommen der Versorgungsanwärter ein Vorrang für berufliche Betätigung in der Sozialversicherung. Für diese forcierte Bevorzugung der Versorgungsanwärter ist absolut kein sachlicher Grund zu entdecken, am allerwenigsten bei einer Betätigung in der Sozialversicherung; denn hierfür bringt der Versorgungsanwärter gerade infolge seiner bisherigen Laufbahn am allerwenigsten Gewinn mit.

### Marktberichte

Marktpreise in Rastatt am 10. November 1932, 58 Käufer, Preis per Raar 45—70 M., 312 Ferkel, Preis per Raar 15—30 M., Tafelbutter per Pfund 1,50—1,60 M., Landbutter per Pfund 1,30—1,40 M., Trüffel 13 Pf., Ristener 8—10 Pf., Leberland: 14 Käufer, 32 Ferkel.

## Empfehlenswerte Spezial-Firmen!

<p><b>Berthold-Apotheke</b> J. Becker Karlsruhe, Rintheimer Straße 1</p>	<p>Unser <b>dunkles Lager-Bier</b> ist trotz billigen Preises vollmundig, nährkräftig und bekömmlich.</p>
<p><b>Homöopathie — Allopathie</b> <b>Stadt-Apotheke</b> Gegründet 1820 mit <b>Zentrale für Homöopathie</b> Inhaber: Hermann Trumpheller Karlsruhe 10 (gegenüber der Hauptpost) Teleph. 177</p>	<p><b>Brauerei Schrempf-Printz</b></p>
<p>TRINKT das gute <b>Hofbrauhaus-Bier</b> Hofbrauhaus Haß A.-G. RASTATT</p>	<p><b>GAS</b> richtig verwenden und nicht verschwenden dann billiger Brennstoff für Küche und Haus <b>Gastroba</b> Gas- u. Stromberatungsst. d. Stadt, Werke A.-G. Baden-Baden Waldseestraße 17 Fernruf 288</p> <p><b>Bauhütte Karlsruhe</b> Gemeinnützige Baugesellschaft m. b. H. Marienstraße 96, Telefon 5200 Hochbau, Tiefbau, Eisenbetonbau, Zimmerer, Dachdeckungen, Glaserei u. Schreinerei, Gips-, Terrazzo- und Plattenarbeiten, Übernahme ganzer Bauprojekte bis zur schlüsselfertigen Herstellung</p>







# Badischer Landtag

## Nachrufe — Ergänzungswahlen — Wahl des Landständischen Ausschusses — Tätigkeitsbericht des Landtags — Landesbürgerschaft für Landgemeinden

Ein Nachzügler zum Sitzungsabschnitt 1931/32 war die 37. Sitzung des Landtags. Der bürokratische Parlamentsbrauch verlangt, daß die neue Sitzungsperiode nicht beginnen darf, bevor die vorhergehende Periode nicht offiziell geschlossen ist. Da verfassungsmäßig der Landtag jedes Jahr im November zur Wahl des Staatspräsidenten zusammenzutreten muß, mußte das Haus vorher nochmals an einer Sitzung zusammenkommen, da im Juni der Landtag nur verlegt und nicht geschlossen worden war. Die Tagesordnung war dann auch kurz, loslagern „zusammengespult“. Die Hauptarbeit beginnt ja erst nächste Woche.

Von besonderer Wärme und Herzlichkeit waren die Nachrufe. Der Präsident Duffner den verstorbenen Genossen Abg. Gehweiler und Minister Maier widmete. Ihre Nachfolger sind unsere Genossen Helmstädter-Edingen und Dr. Knorr-Neckargemünd. Eine lächerliche Demonstration leisteten sich bei diesen Ergänzungswahlen die Kommunisten und Nationalsozialisten. Obgleich die Nachfolge eines Abgeordneten eine rein formelle auf Bestimmungen der Verfassung beruhende Angelegenheit ist, enthielten sich die beiden Fraktionen der Stimme. Demonstration muß sein, um jeden Preis!

Zum letzten Punkt der Tagesordnung, Uebernahme einer Bürgerpflicht für notleidende Landgemeinden, war nicht viel zu bemerken. Das diesbezügliche Gesetz wurde bereits im Juli erlassen. Die Bürgerpflichten sind schon in Kraft. Der Landtag konnte eigentlich nur noch das Gesetz zur Kenntnis nehmen. Was dann auch ohne Debatte geschah. — Damit ist die Sitzungsperiode 1931/32 offiziell und formgerecht beendet und abgeschlossen. Nächsten Dienstag beginnt der neue Sessionsabschnitt, der heute vor den Neuwahlen.

### 37. Sitzung

r. Karlsruhe, 10. November.

Präsident Duffner eröffnet um 10 Uhr die Sitzung mit herzlichen Begrüßungsworten. Dann widmete der Präsident den verstorbenen Abgeordneten tief gefühlte Nachrufe. Zunächst dem Abg. Gehweiler, dessen Wirken besonders auf gemeinnützigem Gebiete er hervorhob. Weiter gedachte der Präsident des verstorbenen Innenministers Maier, dessen Lebensgang er schilderte, um dann der gegenwärtigen Arbeit dieses grundgesetzlichen und geraden Mannes, der ein Mann des Volkes gewesen sei, in herzlichen Worten zu würdigen. Schließlich gedachte der Präsident der verstorbenen Mitglieder früherer Landtage, u. a. auch der Abg. Genossen Helmstädter-Edingen und Dr. Knorr-Neckargemünd. Der Präsident sprach hierauf dem Direktor Hofschild des Landtags zum 40. Dienstjubiläum, wie auch dem Hausinspektor Benber, der ebenfalls sein 40. Dienstjubiläum feierte, herzliche Glückwünsche aus.

Eine Reihe kurzer Anfragen, vorwiegend von Nationalsozialisten und Deutschnationalen gestellt, reine Antragsanfragen, wurden, ohne daß jemand im Hause auftrat, bearbeitet.

### Ergänzungswahlen

Ueber die Nachfolgerwahl der verstorbenen Abgeordneten Gehweiler und Maier gab Abg. Dr. Volkhard Bericht. Für Abg. Gehweiler tritt Raurer Helmstädter-Edingen, für Abg. Maier Kaufmann Dr. Knorr-Neckargemünd in das Haus ein. — Das Haus stimmt dem diesbezüglichen Antrag des Geschäftsordnungs Ausschusses zu. Die Kommunisten und Nationalsozialisten stimmten nicht mit ab. Eine lächerliche Geste.

### Wahl des Landständischen Ausschusses

Es werden folgende Abgeordnete vorgeschlagen: Abg. Dr. Fröhler, Seibert, Dr. Beyer (Centr.), Reinhold, Ricker (Soz.), Kasper (Nat. S.), Walbes (D. V.), Seibin (Dem.). Die Wahl erfolgte gegen 3 Stimmen und 7 Enthaltungen.

Der Präsident gibt hierauf einen kurzen Bericht über die Tätigkeit des Badischen Landtags in der abgelaufenen Sitzungsperiode 1931/32. — Der Bericht wurde ohne Debatte entgegengenommen.

### Bürgerschaft des Landes für Landgemeinden

Ueber ein Notgesetz der Staatsregierung betr. die Bürgerpflicht des Landes Baden für die Zahlungspflichtigen badischer Landgemeinden aus der Forderung von verbilligtem Kogenerneuert erfaßter Abg. Feld Bericht. Nach diesem Notgesetz wird der Minister der Finanzen ermächtigt, gegenüber der Badischen Landwirtschaftlichen Zentralgenossenschaft e. G. m. b. H. in Karlsruhe für die Forderungen badischer Gemeinden aus der im Jahre 1932 erfolgten Lieferung von verbilligtem Kogenerneuert für die notleidende bäuerliche Bevölkerung eine Ausfallbürgerschaft im Höchstbetrage von 100.000 M. zu übernehmen, soweit nicht die Kreise einen Teil des Ausfalls zu decken in der Lage sind.

Abg. Feld (Komm.) beantragt getrennte Abstimmung nach den einzelnen Paragraphen. Der Präsident erklärt, daß Notgesetze nur im ganzen angenommen oder abgelehnt werden können. Die Kommunisten erklären, daß sie sich dann der Stimme enthalten würden. — Das Gesetz wird hierauf bei Enthaltung der Kommunisten angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Der Präsident legt die nächste Sitzung auf Dienstag, 15. November, vormittags 11 Uhr, fest.

### Jubiläum im Landtag

Am 9. November konnte der Hausinspektor des Badischen Landtags, Herr Michael Bender, auf eine 40jährige Dienstreue im Dienste des badischen Staates zurückblicken. Im Eröffnungsraum des Landtags fand aus diesem Anlaß am Morgen des 9. November eine kleine Feier statt, bei der Herr Direktor Hofschild namens der vereinigten Landtagspräsidenten dem Jubilar herzliche Glückwünsche unter Ueberreichung eines schönen Andenkes darbrachte. Auch die Beamten und Angestellten beiläufigsten Herrn Bender, wie auch verschiedene Fraktionen. Ein schöner Geben- und Nimmensfest hatte sich aufgedröhrt, der, wie die herzlichen Worte davon zeugten, welcher Wertschätzung und Beliebtheit sich Hausinspektor Bender im ganzen Hause erfreute.

# Aus aller Welt

**Auto mit vier Insassen im Kleinen Belt verunten**  
Kopenhagen, 10. Nov. Nach einer Meldung von der Insel Fünen wurde Donnerstag morgen am kleinen Rindbeckard und Fredericia aus dem Kleinen Belt ein Auto geborgen, das seit etwa vierzehn Tagen vermisst wird. Der Wagen war von Dänemark in südwestlicher Richtung mit dem Ziele Fünen abgefahren. Die vier Insassen wurden tot aus dem Auto geborgen.

**Gronaus Empfang in Friedrichshafen**  
Friedrichshafen, 10. Nov. Nach glücklich beendeter Weltreise ist heute mittags 2.40 Uhr der deutsche Flieger Wolfgang Gronau, von der Flugwerft Altenheim kommend, in Mansell empfangen. Strengegeheul, Wöllerschüsse und der Jubel einer überaus großen Menschenmenge, die vor und in der Werftallee auf den Flugzeugen gekommen hatte, begrüßte Führer und Belastung des so erfolgreichsten Fliegers.

**Brandkatastrophe**  
Wadenswil, 10. Nov. Beim Brand eines Kinderheims in Wadenswil sind neun Leichen geborgen worden. Drei Kinder werden noch vermisst.

**John Galsworthy erhält den Nobel-Preis**  
Stockholm, 10. Nov. Die Schwedische Akademie hat beschlossen, den Nobel-Preis für Literatur für 1932 dem englischen Schriftsteller John Galsworthy zu verleihen.

**Gesunglied in Stettin**  
Stettin, 10. Nov. Auf der Galawiese, wo seit einigen Tagen Ausbesserungsarbeiten an der Gasleitung vorgenommen werden, ereignete sich heute ein schweres Unglück, das zwei Menschenleben forderte.

**Gefängnis für Frau Jürgens**  
Frau Maria Jürgens, die geschiedene Frau des früheren Landtagsdirektors, jetzigen Kammergerichtsrats Jürgens, wurde nach weitläufiger Verhandlung vom Schöffengericht Berlin-Schöneberg wegen fortgesetzter Kreditbetrügerei zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Gleichzeitig wurde Frau Jürgens bei sofortiger Aufhebung des Haftbefehls eine dreijährige Bewährungsfrist zugesprochen.

Dreizehn Monate lang, vor Jahren, Herr und Frau Jürgens unter der schweren Last der Brandstiftung und des Verschwendungsbetruges in Stargard in Unterjudenburg — dann wurden beide nach aufsehenerregender Verhandlung freigesprochen. Frau Jürgens bekam allerdings schon damals wegen Falschgebens fünf Monate Gefängnis, die durch die dreizehnmönatige Unterjudenburg als verbüßt angesehen wurden, subitert. Es sollte für Frau Jürgens, die das hier milde Berliner Gericht eher für bodenlos schätzte als für kriminelles zu halten scheint, nicht die einzige neue Verurteilung werden konnte: Frau Jürgens war zu wiederholten Terminen unentschuldig oder unter erlogenen Vorwänden vor Gericht erschienen; erst ein Haftbefehl brachte sie auf die Anklagebank.

Nach der Stargarder Affäre, die Frau Jürgens „mit politischen Gründen“ zu entschuldigen verucht, hat sich das Ehepaar getrennt; es heißt, daß keine Gemeinschaft „aus bedauerlichem Verschulden“ geschlossen wurde. Die großzügige Lebensführung die Frau Jürgens, Tochter eines rheinischen Fürstern, vor dem Krieg Ehefrau eines Industriellen, allmählich zur Gewohnheit geworden war, wurde die plötzlich Vereinfachte wohl nicht aufgeben: sie ließ sich in

allerlei Geschäfte ein, deren Abwicklung sie in keiner Weise bewachen war. Zwangsvollstreckungen blieben fruchtlos, vor Jahresfrist leistete Frau Jürgens den Offenbarungseid.

Die umfangreiche Beweisaufnahme ergab, daß zumindest ein Teil der Unflaute berechtigt ist: Frau Jürgens hat unter Vorpiegelung falscher Tatsachen in verschiedenen Geschäften Gegenstände (Seide, Teppiche, Kleider, Lebensmittel usw.) auf Kredit gekauft, deren Wert die Monatsrente in Höhe von 250 M. die sie von ihrem Gatten erhielt, um ein Vielfaches überstieg. Eine Reihe anderer Geschwindigkeiten, wie mehrere behauptete, daß ihr jede Betrugsabsicht ferngelegen habe; unter normalen Umständen würde sie in der Lage gewesen, ihre Verbindlichkeiten abzudecken; überhaupt handelte es sich bei der Angelegenheit um einen Raubakt. Um übrigen meinte die Angeklagte: „Es ist mir ja vieles in diesen aufregenden Zeiten so schwerlich. Man verliert allmählich den Kopf, meine Herren!“

Und warum bekam Frau Jürgens in zahllosen Geschäften so hohe Kredite eingeräumt? Weil sie erklärte: „Mein Mann ist Kammergerichtsrat.“

**Unlauterer Wettbewerb im Schönheitsalon**

D. Frankfurt a. M., 10. Nov. Vor Gericht hatte sich die Inhaberin eines Friseurs- und Schönheitsalons wegen unlauteren Wettbewerbs zu verantworten, eine junge, hübsche ledige Dame, deren wohlgepflegter Teint und Haarwuchs die beste Reklame für ihr Unternehmen darstellt, das auch mit schriftlicher Reklame arbeitet. In dem Institut, das einen guten Ruf besitzt, werden zweifelsohne aus Menschen Götter gemacht und alle Sparten des Schönheitskultus gepflegt. Maniküre, Pediküre, Gesichtsmassage, Bestrahlungen mit Röntgenstrahlen usw. Wer die Prozedere des Schönheitsalons las, der fand unter dem Kapitel Kosmetik die Angabe: „Alle Arbeiten werden von dem berühmten Fachkräften ausgeführt, in der Abteilung Kosmetik unter einer fachlich und häuslich geprüften Spezialistin.“ Das war etwas so viel gesagt, denn nach der Feststellung des Gerichts gibt es keine fachlich geprüften Spezialisten noch nicht und im übrigen stand der Angeklagten auch gar keine Person zur Verfügung, die hierfür in Betracht kommen konnte. Wegen dieses Angebots, das geeignet war, Betrügerei zu erwecken, wurde die Angeklagte zu zwanzig Mark Geldstrafe verurteilt.

**Die Beute der Trierer Zollämter im Monat Oktober**

Im Monat Oktober wurden von den Beamten der Zollämter des Regierungsbezirks Trier 236 Schusswaffen festgenommen. Ihre Zahl ist besonders in der Prämter Gegend gegenüber dem Vormonat ganz erheblich zurückgegangen, was auf den verstärkten Grenzschutz zurückzuführen ist. Beispielsweise wurden u. a. 47.000 Zigaretten, 1900 Pakete Tabak, 222.000 Blätter Zigarettenpapier, 16 Zentner Kaffee, 13 Zentner Mehl, 6 1/2 Zentner Zucker, 21 Zentner Salz und sechs Fahrräder. Drei Schmuggler waren auf der Flucht durch Schüsse verletzt worden, einer davon lebensgefährlich.

**Ein Protest der Rundfunkintendanten**

EM. Berlin, 10. Nov. Die Intendanten der sieben nord- und mitteldeutschen Sendegesellschaften haben, wie die „Täg-

Schmerzloses Rasieren durch vorheriges Einreiben mit



**NIVEA CREME**

oder aber mit NIVEA-ÖL

liche Rundschau“ erklärt, nach einer gemeinsamen Besprechung ein Telegramm an den Reichsinnenminister abgeandt, in dem sie sich gegen die Rundfunkpläne der Bürokratie wenden. Vor allem wird dagegen Einspruch erhoben, daß die für die gemeinsame Programmarbeit ausschlaggebenden Bestimmungen ohne Anhörung der Saunsbeteiligten im Reichsrat beschlossen werden sollen. Sie verlangen deshalb eine Vertagung der Reichsratsberatungen über den Rundfunk.

### Treibschiff-Vinceln hastentlassen

EM. Köln, 11. Nov. Treibschiff-Vinceln ist gestern nachmittag nach Beilegung des Offenbarungseides aus der Haft entlassen worden.

### Der Bullerjahnprozess

Der vierte Strafsenat des Reichsgerichts führt seit drei Tagen das Wiederzusnahmeverfahren im Falle Bullerjahn in Berlin durch. Der erste Berliner Verhandlungstag war im wesentlichen ausgefüllt mit einem Lokaltermin am Hofweg, jener Straße, in der der französische Leutnant Jost wohnte. Eindeutige Zeugenbeweise dafür, daß der Oberlagerverwalter Walter Bullerjahn das Mitglied der Interalliierten Militärkommission Jost besucht hat, liegen nicht vor.

Am zweiten Berliner Reichsgerichtstag fand ein geheimer Lokaltermin in Wittenau statt. In diesem nördlichen Berliner Vorort liegt das Lager der Berlin-Karlshagen Industriewerke, dessen geheime Waffenbestände Bullerjahn nach der Anklage, die im Jahre 1925 zu einer Zuchthausstrafe von 15 Jahren führte, an die Franzosen verzeihen haben soll. In der Dienstag-Nachmittags-Sitzung im Obertribunal in Charlottenburg wurde die Öffentlichkeit wieder hergestellt, die im wesentlichen auch am dritten Berliner Verhandlungstag (Mittwoch) erhärtet wurde. Die 5 Zeugen, ruhig und achselhoch geäußerten Aussagen waren überflüssig. Der Front der roten Armeen gegenüber standen zwei kleine Fische: am linken sah der Angeklagte mit seinem Verteidiger, am rechten, ausgezeichnet durch General-Freifein, ein Vertreter des Reichswehrministeriums; dahinter die Presse, das Publikum.

Der Verhandlungsverlauf beläugelt, daß die in einem von fünf hervorragenden deutschen Rechtsgelehrten abgefaßten Gutachten zum Ausdruck gebrachte Empfindung richtig zu sein scheint. Danach beruht das Bullerjahn-Urteil auf keineswegs eindeutigen Indizien. So sagt der Zeuge Ravenlecher — ehemaliger Leiter des Sicherheitsdienstes in den Berlin-Karlshagen Industriewerken — aus, daß das Verhalten des Angeklagten bei der plötzlichen Kontrolle im Dezember 1924 dadurch auffällig gewesen sei, daß er schnellen Schritts und mit abgeändertem Gesicht an den fremden Offizieren vorbeigegangen sei. Bullerjahn erwidert: — „Ich beschäme mich nicht, weil sowohl auf der rechten als auch auf der linken Seite Offiziere standen. Ich bin über alle Waffenlager in den Werken informiert gewesen. Ein Lager war mir direkt unterstellt; die Kommission hat es nicht gefunden, und dabei hätte dessen Entdeckung sie mich interessiert als alles andere — es war ein Lager, das außerordentlich geheimgehalten werden mußte. Ebenso habe ich gemerkt, daß es eine Schiffsfabrik und ein Ausrüstungslager gab, die beide nicht von der Kontrollkommission ermittelt wurden.“

Der Zeuge Fischer, als früherer Lagerverwalter ein Untergeordneter Bullerjahns, macht die sehr wichtige Aussage, daß mindestens 30 Arbeiter über die einzelnen Geheimlager in Wittenau Bescheid gewußt hätten, außerdem die Direktoren des Werks und sein persönlicher Vorgänger. Ein Teil der (verbotenen) Waren hätte bereits seit dem Jahre 1917 an Ort und Stelle gelagert. Wenn Bullerjahn in sein (Fischer's) Lager gekommen wäre, dann habe er sich wohl nach den einzelnen Gegenständen erkundigt, aber besonders auffällig sei dieses Interesse, zu dem er ja in keiner Stellung als Lagerverwalter verpflichtet gewesen sei, nicht gewesen. Speziell vor der Auffindung des verbotenen Materials habe sich Bullerjahn nicht nach den Waren erkundigt. Vorstehender Senatspräsident Bänger: „Vor der Polizei haben Sie gesagt: er kam öfter und pflegte sich in auffälliger Weise zu erkundigen.“ — Zeuge Fischer: „Aber das war nur, weil wir Ordnung im Lager haben wollten.“

Rechtsanwalt Rosenfeld, der Verteidiger des Angeklagten, fragt den Zeugen Fischer: „Es ist Bullerjahn früher beistehend ausgelegt worden, daß bei dem verhängnisvollen Besuch der Kontrollkommission Leutnant Jost gerade die Öffnung von Schrank Nr. 15 verlangte. Hatte Bullerjahn Veranlassung gehabt, gerade diesen Schrank zu verraten?“ — Zeuge Fischer: „Nein, in den andern Schränken war dasselbe Material. Der Offizier machte wohl eine Stichprobe. Das gegen Bullerjahn gehobte Mißtrauen gründete sich darauf, daß er früher einmal Drohungen gegen die Direktion ausgesprochen hat; er meinte wohl, daß er die Firma dadurch schädigen könne, daß er die politischen Beziehungen, Schrottstücke und Waren veröffentlichen, von denen er Kenntnis zu haben glaubte, veröffentlichte. Bullerjahn fügte demal hinzu: man könnte auch anzeigen, daß hier verbotene Waffen liegen. Ich habe die Drohung nicht für ernst genommen.“ — Bullerjahn: „Es bestand eine Anordnung, wonach alle diejenigen, die nicht unmittelbar beteiligt seien, bei den Kontrollgängen durch das Werk gar nicht anwesend sein durften. Ich habe bei der großen Durchsicherung im Dezember 1924 auf die Hinziehung sogar gewartet! Ich wußte noch viel, was in andern Lagern versteckt war.“ — Zeuge Direktor Gebauer: „Das bezieht sich doch nur auf einen kleinen Teil des Lagers.“ — Verteidiger: „Nein — aber oho.“ (Heiterkeit)

### Aus der Stadt Durlach

**Stadttratsitzung vom 9. November 1932.**

Anstelle des verstorbenen Stadtrats Fischer ist Direktor Gustav Giermann auf Grund der feinerzeit eingereichten Vorschlagsliste in den Stadtrat eingewählt. — Um drei weitere Arbeitslose in den Wintermonaten unterzubringen, beschließt der Stadtrat, daß die Bedienung der Heizanlagen in der Schiller-, Goethe- und Lessingstraße durch Arbeitslose zu beorgen ist. — Eine Wohnung im städtischen Anwesen Gröbinger Straße 61 wird vermietet. — Auf Grund einer gütigen Darlehensaufnahme ist es der Stadt möglich, die im Rohbau fertiggestellten Neubauten an der Wilhelm- und Blatterstraße zu vollenden. Hierdurch wird dem Handwerk für circa 90.000. — M. Arbeitsgelegenheit geschaffen. — In der Schuljahrplanung soll mit Wirkung vom nächsten Schuljahr ab ein Wechsel in der Weise eintreten, daß anstelle der bisherigen Dentisten die hier ansässigen Zahnärzte Dr. Wörko und Dr. Nagel die unentgeltliche zahnärztliche Untersuchung vornehmen. — Finanzrat Dr. Eduard Huber wird zum weiteren Stellvertreter des kassenärztlichen Kreisbeauftragten bestellt. — Nach der gestern erlassenen Verordnung des Staatsministeriums über die Organisation und den Geschäftsbetrieb der Sparkassen sind drei weitere Mitglieder des Verwaltungsrats zu ernennen; der Stadtrat macht hierzu entsprechende Vorschläge. — Die Zahl der Erwerbslosen hat sich auch in den letzten 14 Tagen wieder um 44 erhöht; sie beträgt nunmehr 2345. — In dem Rechtsstreit Stadtgemeinde kontra Oberbürgermeister a. D. Joller, wird der vor dem Landgericht abgeschlossene Vergleich genehmigt.

Coedebatteur: Georg Schöpplin, Bernauerthor, Postamt, Aretikon, Baden Volksmilitär, Gemeindeführer, Soziales Revuekon Aus aller Welt. Die Welt der Frau, siehe Nachrichten: Dr. W. B. Baum: Groß-Karlsruhe, Gemeindeführer, Durlach, Aus Württemberg, Gemeindeführer, Karlsruhe, Umgebung, Sozialistischer Anwalt, Gimm, um Bonbern, Sport und Spiel, Auskünfte: Josef G. G.: Gemeindeführer für den Anzeigenteil: Gustav Krüger, Edmühle wohnhaft in Karlsruhe.



# Haustrauen!

Vom Samstag, den 12. November  
bis Freitag, den 16. Dezember 1932  
läuft in den beiden Theatern:

**GLORIA-PALAST**

und

**PAL-LICHTSPIELE** HERREN-STRASSE

der große

# Ufa-Persil-Tonfilm

Beginn der Vorführungen im

**Gloria-Palast: Nachmittags 3 1/2, 6 u. 8 1/2 Uhr**  
**Pall-Lichtspiele: Nachmittags 3, 5 1/2 u. 8 Uhr**

**Eintritt frei**

Kinder und unverheiratete männliche Personen können nur nach Möglichkeit, d. h. soweit Platz vorhanden ist, eingelassen werden.

## Resi

Ab heute  
Waldstr. 30  
Tel. 5111

**Der Millionenfilm**  
mit **Brigitte Helm:**

## „Die Herrin von Atlantis“

nach Motiven des Romans „Atlantide“  
Regie: G.W. Pabst  
Ein kühner Film, der in das Dämmerreich der mystischen Legende führt.  
Das phantastischste und eigenartigste Milieu, das je in einem Film gezeigt wurde.  
Ein Film so schön, daß die Grenzen von Traum und Wirklichkeit verwischt werden.  
Dieser herrliche und spannendste **Abenteuerfilm**  
läuft seit 17 Wochen in Paris.

4.00 6.15 8.30

## COLOSSEUM

Waldstraße 16 Telephone 5599

Samstag, 12. November 1932

## Wieder-Beginn

der regelmäßigen Vorstellungen

Täglich 8 Uhr Sonntags 4 und 8 Uhr

## DAS MACHT FREUDE

EIN WEIHNACHTSLOS

GEWINNE IM WERTE VON 450.000 RM.

ARBEITER-WOHLFAHRT

## Richard Taubers Tenor

ist ein Ereignis im Tonfilm

## „Melodie der Liebe“

wunderbar in den

## Badischen Lichtspielen

TONFILM-THEATER

Heute 8 und 8.30 Samstag 8 und 8.30 Montag 8 und 8.30 Dienstag 8 und 8.30 Uhr

Sonntag nur 2, 4.15, 8.30 und 8.45 Uhr

Neue Copie! Jugend einzeln!

Kartenverkauf: Buchhandlung Mende, Kaiserstraße (Passage) und Büro Bahnhofstraße 9.

## Ab heute: „Burchards“

1001 Gold“

der bewährte feinmaschige

## Garantiestrumpf

Mk. 1.95

3 Paar in Weihnachtspackung Mk. 5.60

Nützen Sie schon jetzt die günstige Einkaufsgelegenheit für Weihnachten

## Burchard

## Arbeitsvergebung

Für die Instandsetzung der Einfahrt, Gänge und Treppenhäuser in dem Diensthause des Justizministeriums in Karlsruhe, Herrenstraße 1, sind die Länderarbeiten — in öffentlicher Verdingung zu vergeben. Abgabe von Angebotsordern vormittags von 8 bis 11 Uhr im rechten Flügelbau des Bezirks-Bauamts Stefanienstraße 28, solange der Vorrat reicht, bis zum 19. 11. 1932. Verlang nach auswärts ausgeschlossen. Die Angebote sind persönlich, vollstreu mit der Aufschrift — Länderarbeiten Justizministerium — bis längstens 22. 11. 1932, vormittags 10 Uhr, dem Bezirks-Bauamt einzureichen, zu welchem Zeitpunkt in Anwesenheit eines ordentlichen Sieters die Angebotsöffnung erfolgt.  
Zuschlagsfrist 15 Arbeitstage.  
Karlsruhe, den 8. November 1932.  
Bezirks-Bauamt.

## KAFFEE BAUER

Heute Freitag, 16 Uhr nachmittags

## Elite-Konzert

Kapelle Fritz Stolberg

20.30 Uhr abends

## Operetten-, Tonfilm- und Schlager-Abend

## Eintrachtsaal

Karlsruher Männergesang-Verein

Samstag, 12. Nov. abends 8 Uhr

## Konzert

zur Feier des 49. Stichtages, anschließend

## Ball

wozu höflichst einladet

Die Vorstandschaft

Druckarbeiten

aus der Druckerei der Verlagsdruckerei Soltschund & Co.

Montag: Schlußtag!

# Wohlfeile Wochen

## Damen-Kleidung

- |  |      |  |       |
|--|------|--|-------|
| Sport-Blusen aus Krepp-Stoffen in Pastellfarben        | 2.95 | Bouclé-Kleider reine Wolle, in flatter Verarbeitung      | 9.75  |
| Marocain-Blusen in apter Verarbeitung                  | 5.90 | Nachmittags-Kleider aus Hammerschlag oder Flammeng       | 19.75 |
| Damen-Röcke reine Wolle, plissiert                     | 3.45 | Marengo-Mäntel ganz gefüttert reine Wolle                | 14.75 |
| Kleider aus Velour in praktischer Form bis zu Größe 50 | 6.75 | Bouclé-Mäntel mit eleganter Pelzkrawatte, ganz gefüttert | 24.75 |
|  | 6.90 |  |       |

## Elegante Mäntel 39<sup>50</sup>

in Velour, Bouclé und anderen Fantasiegeweben, mit reichem Pelz besetzt, zum Teil auf Marocain gearbeitet

## Damen-Hüte und Kappen zu Gruppenpreisen

Gruppe I	Gruppe II	Gruppe III	Gruppe IV
2.25	2.90	3.90	4.90

Diese fesche

## Sport-Mütze

mit kunstseidenem Futter und Stirnlleder

## Klub-Mütze

in blau

95<sup>18</sup>



## 3000 Paar Herrensocken

Reine Wolle, wie handgestrickt, schöne Qualität, graumeliert, schwarz oder kamelhaarfarbig, oder Seldentior, besonders gute Qualität, extra kräftige Sohle, neue Muster, schöne Farben

1.-

## Schuhwaren

- |   |      |  |      |
|---|------|--|------|
| Kamelhaar-Umschlagschuhe mit Filz- und Ledersohle, verdeckte Naht Kappe u. Absatzdeckel | 1.75 | Damen-Ueberschuh schwarz od. braun, aus ganz Gummi, mit Riegel od. Druckknopfverschluss Paar | 3.90 |
| Kamelh.-Lafschuhe mit Filz- und Ledersohle, rein Kamelhaar und Wolle, Größe 43-45 2.45  | 1.95 | Herren-Halbschuhe schwarz oder braun Boxcall, Original Goodyear Welt                         | 7.90 |
| Damen-Spangenschuhe schwarz oder braun Boxcall, bequeme Form, Trotteur-Absatz           | 5.90 | Herren-Halbschuhe schwarz oder braun Boxcall, mit Doppelsohle und Wulstrand                  | 8.75 |
| Damen-Schnürschuhe schwarz od. braun, bes. strapazierfähig P.                           | 6.90 | Herren-Schnürstiefel schwarz, breite Form, sol. verarbeitet Paar                             | 6.90 |

# HERMANN TIETZ

KARLSRUHE

Verlangen Sie kostenlose Zusendung unseres reich illustrierten Spielwaren-Kataloges mit dem interessanten Gesellschaftsspiel

## Danksagung

Für die vielen Beweise herzlicher Anteilnahme bei dem allzu frühen Heimgange meines lieben Mannes, meines treubestorgenen Vaters, sagen wir auf diesem Wege unseren innigsten Dank. Besonderen Dank Herrn Pfarrer Benrath für die tröstlichen Worte, der Geschäftsleitung und dem Personal der Verlagsdruckerei „Volksfreund“ dem Verband der Deutschen Buchdrucker, Ortsverein Pforzheim und Karlsruhe, und dem Gesangsverein Typographia Karlsruhe, sowie all denen, die dem lieben Entschlafenen durch Kranzspenden und die Begleitung zur letzten Ruhestätte so viel Liebe und Aufmerksamkeit zuteil werden ließen  
Karlsruhe, den 11. November 1932  
Frau Margarete Meißner Wwe. und Tochter Anni

## Arbeiter! Berücksichtigt bei Eueren Einkäufen stets die Interessen dieser Retiranten

## Billig!

### Delikatessen-Braten-Fett

Pfund 46 Pfg.

### Oel-Sardinen

Dose 18, 25, 33 Pfg.

### Spar-Pakete

Bitte fragen Sie in meinen Filialen!

Nach wie vor

5% Rabatt!

# BUCHERER

In sämtlichen Filialen

## Tanz-schule BRAUNAGEL

Nowacksanlage 13, parterre - Telef. 5869

Beginn neuer Kurse

Anmeldung und Einzelunterricht jederzeit

Sonntag, 13. Nov. Tanz 7-12 Uhr

im „Friedrichshof“

JEDER erachte es als seine Pflicht, alle Einkäufe nur bei jenen Geschäften zu tätigen, die im Volksfreund inserieren

## Gewinnlisten

der Ausstellung „Deutsche Woche“ bis zum 12. November in der Ausstellungshalle, vom 11. November ab im Karlsruher Hausfrauenbund, Ritterstr. 7, zu haben.

## Spendenkongress

Spendenkongress, Kindermonat u. 28 Kinderstube f. 4-6 Jhr. Mädchen, bill. abg. Schloßbezirk 11, zweimal wöchentlich.





# Groß-Karlsruhe



## Geschichtskalender

11. November

1821 \*Russischer Schriftsteller Dostojewski. — 1830 \*Ungarischer Dramatiker Karoly Kisfaludy. — 1845 \*Französischer Sozialist Jules Guesde. — 1884 \*Naturforscher A. Rehm (Tübingen). — 1918 Waffenstillstand. — 1918 Sturz der Dynastien der Kleinstaaten. — 1918 \*Wittor Adler.

## Arbeitslose kaufen ein

Da standen wir nun auf dem Wochenmarkt und überschlugen noch einmal, was uns zum Einkauf von Lebensmitteln verblieb. Von den 12,30 Mark soeben erhaltener Unterstützung gingen 5 Mark Miete und 1 Mark für Licht und Heizung pro Woche ab. Reist 6,30 Mark. Geteilt durch sieben Tage, macht 90 Pfennig pro Kopf und Tag. Wenn die im „Nahrungsmittelkatalog“ für drei allerdürftigste Mahlzeiten reichen sollen, müssen sie ganz sorgfältig eingeteilt werden.

Das weitaus meiste, was auf den Tischen so appetitlich ausgestellt war, war für andere Verdauungsorgane bestimmt. Wir schritten durch die Käsestände. Ermunternde Zurufe von allen Seiten. Mit gehobelter Interessiertheit blickten wir steif geradeaus. Am Ende der langen Reihe waren wir uns trotzdem im Klaren: „Solche diden, zehn Stück zu dreißig.“ Aber nur nicht vorzeitig. Und nicht stehen bleiben.

Als Zimmermann habe ich ein gut entwickeltes Augenmaß, unterscheidet auf den ersten Blick einen 3/4-kilogrammigen von einem 4-kilogrammigen Nagel. „Da vorn waren sie besonders dick gewesen.“ Wir machten kehrt, nahmen die Parade der Käsefrauen ein zweitesmal ab. Damit waren wir als verhärmte Interessenten entlarvt. Der Ansturm und der Wettbewerb der Höherinnen setzte verstärkt ein. „Frische Landbutter gewünscht?“ „Goldfrische Eier gefällig?“ (Goldfrisch, ein dummes Wort; Gold ist heute noch so frisch wie vor tausend Jahren; haben muß mans.) Aber nur nicht irremachen lassen. Nur nicht stehen bleiben. Dann fühlt man sich halb zum Kaufen verpflichtet. Denn die Käsefrauen reden wie mit Engelszungen. Gewiß, es geht ihnen auch nicht gut, aber wir haben einer höheren Instanz zu gehorchen, unsern Geldbeutel mit den 45 Pfennig Tagesverbrauchs. Und der schreibt vor, auf keine, schädliche Vorteile Bedacht zu nehmen. Denn es ist das Kreuz der Arbeitslosen, das Allerbilligste kaufen zu müssen und oftmals auch noch minderwertige Ware für die erbärmlichen Unterstützungsgroschen angehängt zu bekommen.

Die Glieder einer langen Kette sind hier sichtbar geworden. Die Wirtschaft, vertreten durch die Marktfrauen, hinter denen die Großhändler, die Wollereien und schließlich die Landwirtschaft stehen, und wir. Die Wirtschaft braucht uns Arbeitslose, braucht uns sechs Millionen als Abnehmer. Welche Kierentorheit der deutlichen Landwirtschaft, durch Kontingentierung und höhere Preise helfen zu wollen. Verteuert man z. B. den Käse, so müssen wir uns um so weniger kaufen, verteuert man ihn noch mehr, so kaufen wir überhaupt keinen mehr und essen nur noch Margarinebrot. Verteuert man die Margarine, so müssen wir unser Brot trocken essen, müssen — wenn wir uns von den 45 Pfennig fättigen wollen.

Den allweisen Wirtschaftsführern aber sei die Binsenwahrheit gesagt, wenn man ein Glied einer Kette immer dünner feilt, nicht nur das eine Glied, sondern notwendigerweise und zwangsläufigerweise die ganze Kette reißt.

## Gerichtsbilder

### Fahrlässiger Fallscheid

Ein Zufall brachte einen jungen Arbeiter aus Bietigheim bei nahe recht böse mit dem Gele in Konflikt. Als er eines Tages mit seinem Fahrrad von seiner Arbeitsstelle nach Hause fuhr, begegnete ihm auf der Landstraße zwei andere Radfahrer, die anscheinend nicht besonders gut aufeinander zu sprechen waren. Plötzlich hörte er nämlich hinter sich die Worte: „Geh heim zu deiner Drecksau.“ Er fuhr ruhig weiter, später holte ihn dann der anscheinend beleidigte Radfahrer ein und fragte den jungen Arbeiter, ob er nicht über das eben Gehörte vor dem Gericht Zeugnis geben wolle. Es kam zu einer Privatklage vor dem Amtsgericht in Rastatt, wo bei der Verhandlung dann auch der jetzige Angeklagte vernommen wurde. Nach Schluss seiner eigentlichen Vernehmung stellte der Vorsitzende noch eine Frage an den jungen Zeugen, um die Frage der Beeinflussung durch den Privatkläger zu prüfen. Es handelte sich darum, wie oft der Privatkläger bei dem Zeugen war. Unter Eid legte er damals aus, daß ihn der Privatkläger einmal in Bietigheim besucht habe. Das entsprach auch den Tatsachen, nur verweigerte er einen weiteren Besuch an seiner Arbeitsstelle in Gaggenau durch den Kläger. Deshalb wurde nachträglich gegen den jungen Arbeiter ein Verfahren wegen Fallscheids eingeleitet. Der Staatsanwalt hatte zwei Monate Gefängnis beantragt, das Karlsruher Schöffengericht sprach den Angeklagten frei. In der Urteilsbegründung wurde darauf abgehoben, daß der Angeklagte zum erstenmal vor einem Gericht stand und nicht ganz erfaßte, worauf es ankam. Auch handle es sich bei ihm um eine unfreie Personlichkeit, die sich genau an den Wortlaut der Frage halte. Da man außerdem die böse Absicht verneinte, sprach das Gericht den Angeklagten von der erhobenen Anklage frei.

### Teure Tomatenpflanze

Zwei schon oft vorbestrafte Arbeiter überstiegen anfangs des Sommers in Baden-Baden einen Gartensaun und stahlen aus dem Garten gegen 70 Tomatenpflanzen. Gerade als sie im Begriff waren, mit ihren Ködern davonzufahren, ertappte sie der Eigentümer. Als er sie stellen wollte, drohte der eine davon, den Eigentümer mit Todtschlag. Sie wurden aber angezeigt und sollten nun wegen Diebstahls im Rückfall verurteilt werden. Um den Schaden wieder auszumachen, bezahlte der Arbeiter die Pflanzen vollständig. Das Amtsgericht Baden-Baden verurteilte die beiden Angeklagten zu der gesetzlichen Mindeststrafe von je 1 Jahr Gefängnis. Der An-

# Das Vorfahrtsrecht

Von Franz Schmidt (Dursach)

Dieser vielumstrittene Begriff hat schon sehr viele Opfer verlangt. Unter hundert Kraftfahrzeugsunfällen sind bestimmt achtzig durch Nichtbeachtung des Vorfahrtsrechts verursacht worden. Es soll daher im folgenden versucht werden, an Hand des Gesetzestextes und verschiedener grundlegender Entscheidungen der Gerichte eine bestmögliche Beleuchtung der Rechtslage zu geben.

Nachdem bereits § 13 der Straßenverkehrsordnung vom 6. Juli 1926 für Baden eine entsprechende Bestimmung über das Vorfahrtsrecht an Kreuzungen für den Fußwerks- und Radfahrverkehr getroffen hat, besagt der § 24 der neuen Kraftfahrzeugsordnung vom 10. Mai 1932 folgendes:

„An Kreuzungen und Einmündungen von Wegen hat das von rechts kommende Fahrzeug die Vorfahrt; das auf einem Hauptverkehrswege sich bewegende Fahrzeug hat die Vorfahrt gegenüber dem aus einem Seitenweg kommenden Fahrzeug. Das gilt nicht, wenn durch einen Polizeibeamten im Einzelfall eine andere Regelung getroffen wird.“

Hauptverkehrswege sind:

- a) die als Fernverkehrsstraßen bezeichneten Wege,
- b) die Wege mit Gleisen für Schienenfahrzeuge,
- c) diejenigen Wege, die von den Polizeibehörden als Hauptverkehrswege oder als Verkehrsstraßen erster Ordnung bestimmt und die als solche gekennzeichnet sind,
- d) außerhalb geschlossener Ortschaften auch diejenigen Wege, die nach den tatsächlichen Verkehrsverhältnissen als Hauptverkehrswege anzusehen sind.

Alle übrigen Wege sind Seitenwege.

Beim Vorliegen besonderer örtlicher Verhältnisse kann an bestimmten Kreuzungen von Hauptverkehrswegen Straßenbahnen, die nach Absatz 1 kein Vorfahrtsrecht haben würden, ausnahmsweise von den Polizeibehörden im Einvernehmen mit den Bahnaufsichtsbehörden ein Vorfahrtsrecht auf Grund entsprechender Polizeivorschriften ausgedehnt werden. Durch geeignete Verkehrseinrichtungen (Ampeln und andere) muß den übrigen Wegen gegenüber an diesen Stellen das jedesmalige Vorfahrtsrecht der Straßenbahn sichergestellt werden.

Wird ein Fahrzeug die Vorfahrt eines ihm auf demselben Wege begegnenden, keine Fahrtrichtung beibehaltenden anderen Fahrzeugs kreuzen, so hat letzteres die Vorfahrt.

Die Bestimmungen von Absatz 1—4 finden auf Eisenbahnen, soweit sie nicht Straßenbahnen sind, keine Anwendung.

Ueber diese Bestimmung ist folgendes zu bemerken:

- 1. Der zur Gewährung der Vorfahrt Verpflichtete darf nicht damit rechnen, daß der Vorfahrtsberechtigten eine etwa übermäßige Geschwindigkeit seines Fahrzeugs auf das zulässige Maß herabsetzen wird.

geklagte mit dem Messer erhielt dafür extra noch 3 Monate Gefängnis. Sie legen gegen dieses Urteil Berufung ein und hatten insofern Glück, daß die Karlsruher Strafkammer anstelle eines schweren Rückfalldiebstahls nur eine Uebertretung der Polizeiverordnung annahm und den einen der Angeklagten zu einer Haftstrafe von vier Wochen verurteilte. Die Berufung gegen das Urteil wegen Bedrohung wurde verworfen. Gegen den zweiten Angeklagten, der plötzlich krank wurde, wird später verhandelt werden. Die Pflichten, die gestohlen wurden, hatten einen Wert von 6 Mark.

### Ein untreues Dienstmädchen

Alles Leid eines unehelichen Kindes mußte ein 17jähriges Dienstmädchen bis heute in seinem Leben erfahren. Mangelhafte Erziehung und die allmähliche Zurücksetzung erzeugten bei ihr recht vermehrte Eigentumsbegierde. Bei einem Professor, bei dem sie in Stellung war, stahl sie aus dessen Schrank zwei Scheffelformulare, füllte eines davon mit einem falschen Namen aus und gab ihn in einer Drucker in Zahlung. Sie kaufte sich für eine Mark Schokolade und erhielt 19 Mark zurück, die sie nachher, um den Schaden wieder auf zu machen“ und weil sie so sehr fromm ist, in den Opferloft einer Karlsruher Kirche warf. Vor dem Schöffengericht in Karlsruhe hatte sie sich wegen dieser Sache zu verantworten. Die Angeklagte, die in keiner Weise begriff, um was es bei der Verhandlung ginge, ist jetzt wieder in Fürstenerziehung. Das Gericht verurteilte sie zu einer Gefängnisstrafe von 4 Wochen, gewährte aber Strafaufschub auf Wohnverhalten bis zum Jahr 1935. Unterdessehn verlor man mit Zwangserziehung noch zu retten, was zu retten ist.

### Einer ficht für den Liebhaber seiner Frau einen Handbohrer und setzt sich dafür drei Monate ins Gefängnis

Im Mit einem kuriosen Fall hatte sich gestern der Einzelrichter beim Amtsgericht zu befassen. Ein vorbestrafter verheirateter Maschinenist sah wegen Rückfalldiebstahls, worauf eine Mindeststrafe von drei Monaten steht, auf der Anklagebank. Er hatte im Januar aus dem Hofe des Hauses Herrenstraße 60 eine einem Fahrradmechaniker gehörige Handbohrmaschine im Wert von 3,40 Mark entwendet. Der Richter fragt den Angeklagten: „Wie können Sie eine solche Dummheit machen?“

Angelagter: „Meine Frau hat mich gebeißt, ich solle ihr eine Handbohrmaschine bringen für ihren Liebhaber!“

Richter: „Wenn meine Frau sagte, ich solle ihr einen Handbohrer stellen für ihren Liebhaber, dann würde ich ihr eine runterhauen! Wenn Ihre Frau etwas gestohlen haben will, dann soll sie es gefälligst selber hehlen. So eine Dummheit. Wegen 3,40 Mark kriegen Sie jetzt drei Monate. Etwas anderes ist gar nicht möglich. Ich habe das ganze Strafgesetzbuch durchgeblättert. Es ist nichts anderes möglich — Notdiebstahl kommt nicht in Frage.“

2. Er muß sich an die Kreuzung der Nebenstraße mit dem Hauptverkehrswege gemäßigten verhalten und darf sie nur dann überqueren, wenn er mit Gewißheit annehmen kann, daß er vor dem auf dem Hauptverkehrswege kommenden Fahrzeug den Schlußpunkt der Fahrlinie erreicht, d. h. also, wenn er einen klaren Vorfahrtsfall hat.

3. Das Vorfahrtsrecht kann auch dadurch verletzt werden, wenn das zur Gewährung der Vorfahrt verpflichtete Fahrzeug ein Vorfahrtsrecht hat, welches das vorfahrtsberechtigten Fahrzeug zu einer Ausweichbewegung zwingt, die es bei einem ordnungsgemäßen Verhalten des kreuzenden Fahrzeuges nicht hätte ausführen brauchen. Es muß kein Verhalten vielmehr so einrichten, daß der zur Vorfahrt berechtigte Fahrer die Kreuzungsstelle ohne Belangnis eines Zusammenstoßes überfahren kann.

4. Ein Vorfahrtsfall liegt nur dann nicht vor, wenn der kreuzende und zeitliche Abstand der in Betracht kommenden Fahrzeuge jede Berührung ausschließt. Das Vorfahrtsrecht ist demnach nicht voraus, daß die aus verschiedenen Richtungen kommenden Fahrzeuge unbedeutend zeitlich auf die Kreuzung gelangen.

5. Auch der zur Vorfahrt Berechtigte muß damit rechnen, daß sein Vorfahrtsrecht nicht beachtet wird. Er muß im Hinblick auf die Schadenersatzpflicht nach § 823 BGB. mit Unbefonnenheiten anderer rechnen. Die Rechtsprechung in dieser Frage ist allerdings nicht einheitlich.

6. Die größte Verkehrsbedeutung, die eine Straße außerhalb geschlossener Ortschaften gegenüber einer in sie einmündenden Straße hat, ist unter normalen Verhältnissen auf den Straßen herrschenden Verkehr. Zeitweilige Verkehrsbeschränkungen, die insbesondere durch vorübergehende Sperrungen einer Straße entstehen können, kommen nicht in Betracht, können also einen unter normalen Verhältnissen als Hauptverkehrswege geltenden Weg diese Eigenschaft als Hauptverkehrswege nicht nehmen.

7. Die Bestimmungen über das Vorfahrtsrecht gelten auch für eine Wegeabzweigung, da diese einer Wegeeinmündung gleichzusetzen ist.

Nach diesen Ausführungen, denen zum Teil höchstgerichtliche Entscheidungen zu Grunde liegen, ist es für beide Teile, den zur Vorfahrt Berechtigten als auch den zur Gestattung derselben Verpflichteten, in jedem Falle rasch mit äußerster Vorsicht an Vorfahrtswegen heranzugehen, da für beide die Bestimmungen des § 24 a. a. D. Anwendung finden, wonach die Fahrgeschwindigkeit so zu richten ist, daß der Fahrer in der Lage bleibt, seinen Vorfahrtsrecht Genüge zu leisten, d. h. bei plötzlicher Ueberrastung über die Fahrbahn oder lebhaftem Verkehr das Fahrzeug auf kürzester Entfernung anzuhalten.

Das Gericht erkannte auf die Mindeststrafe von drei Monaten Gefängnis.

Und die „liebe“ Frau neßt Liebhaber bleiben straflos!

## Sie haben ihn . . .

Aus Verleumdungen schreibt man uns:

Himmelfahrtsfahrt . . . nun hat man mir zum zweitenmal ein Fahrradstiel gestohlen. Es ist zwar kein so großes Verbrechen, wenn es mich berührt, aber eine ganz kundenspezifische Freiheit, wenn es Erben betrifft, die die Mein und Dein nicht mehr unterliegen können, und sogar an harmlosen Fahrradstiel mehr ihren Vandalengerechten freien Spiel lassen. Den ganzen Winterlang in Bewegung zu setzen, wird mir abschlägig beantwortet werden. Warten wir einmal ab, die „Sonne“ bringt es vielleicht doch noch an den Tag!

Und gar nicht allzulange dauerte es, da fiel mir ein „Stechbrief“ in die Hände. Es war die Nummer des „F. u. B.“. Schon der Name „Führer“ läßt in mir die Gedanken aufkommen, ob er mich vielleicht diesmal, sonst hat es bis jetzt keinen Zweck gehabt, auf die richtige „Fährte“ bringt. Von der Tausend, die ich da? — Ausgerechnet Bananen: Seite 6 der Folge bringt u. a. Bilder, die mir meinen Verdadit beständigen drücken, daß so ein ehrliches Gesicht des Dritten Reiches mir meinen Verdadit an einem Sockel Trophäen angebracht, die nur von mir selbst herabzuholen können. Ich habe die Zeitung durchblättert, um mich noch erheben zu können, ob auch die gestohlenen Handbohrer irgendwo in einer Ecke als Tante Verwendung fanden. Da wurde die „Trochäen“ von einem Prämien„loster“ herüber entnommen, sich meiner Kenntnis. Meinen Wimmel kenne ich noch genau, nicht leicht fucht doch die Polizei nach, ob er nicht dabei ist?

Ober will man uns Glauben machen, daß die Wimmel als Orientierungsmittel zur Ableitung von marzillenerverlusten Gegenständen dienen, die Herr Gauleiter Wagner als Führer des Ganges zu den verwendet, oder die er referiert hielt, um den Besitz zu verabschieden?

(\*) Achtung, Prämienheine der Winterhilfe-Lotterie aufheben! Es kann vielfach beobachtet werden, daß die Käufer der Winterhilfe-Lotterie die Prämienaufheine entweder achtlos beiseite werfen, oder sie den Verkäufern belassen. Dabei bedarf es der Prämienaufheine zur Teilnahme an der am Schluß jeder Serie auszufällenden Prämie über 100 Mark. Voranschickung wird es immer möglich sein, eine sehr wertvolle Sonderprämie, die erst am Schluß der gesamten Lotterie gezogen wird, auszulösen. Jeder Käufer der Winterhilfe-Lotterie handelt daher in seinem Interesse, wenn er die Prämienaufheine bis zum vollständigen Abschluß der Winterhilfe-Lotterie sorgsam verwahrt. Auch in allen Fällen, in denen das die einen Gewinn aufweist, hat der Verkäufer Anrecht darauf, vom Verkäufer die Auslösung der abtrennbaren Prämienaufheine zu verlangen.



# Eine grosse Hilfe für die Hausfrau

die nun ihre Küchenausgaben erheblich senken und dabei ihre Speisen nahrhafter bereiten kann, ist das neue Naturprodukt **Edel-Soja**, das an Nährwert unerreicht ist und die Verwendung der teuren Hühnerier sowie teilweise von Fett überflüssig macht. — Zu haben in fast allen Lebensmittelgeschäften und Drogerien zum Preis von 32 Pfennig für das 1/2 Pfundpaket, 54 Pfennig für das 1/1 Pfundpaket. Die wichtigsten Rezepte liegen jeder Packung bei.

Vertreter: **Ferdinand Kelier, Karlsruhe, Douglasstraße 1, Fernsprecher 4837**



Das Ablösungsschild der Karlsruher Notgemeinschaft

Zum erstenmal führte die Karlsruher Notgemeinschaft im Vorjahr ein zur Anbringung an der Wohnungs- oder Haustüre bestimmtes Schild ein, das den Inhaber als Spender zu dem Winterhilfsfonds kennzeichnet und den Zweck verfolgt, den überaus starken Hausmietel einzudämmen.

Das neue Schild hat eine grün-blaue Färbung und trägt eine in braun-roter Farbe gehaltene Aufschrift folgenden Inhalts: „Spende für die Zeit vom 1. November 1932 bis 1. April 1933 entrichtet an die Karlsruher Notgemeinschaft.“

Das Ablösungsschild erhält jeder Spender zum Winterhilfsfonds, der eine Mindestspende von 5.— Mark entrichtet. Die Spende kann auf einmal oder in 5 Monatsbeträgen à 1.— Mark bezahlt werden. Das Schild soll auch diesmal wieder alle Bettler und Hausierer von den Wohnungen fernhalten.

Colosseumtheater

Nach der üblichen Sommerpause findet am kommenden Samstag die Wiedereröffnung statt und beginnen damit die täglichen Vorstellungen wie bisher wieder.

Die Direktion ist bemüht, nur Gutes zu zeigen und hat dem Ernst der Zeit Rechnung tragend als Eröffnungsprogramm ein auf Lachen eingestelltes Programm verschrieben, so daß jeder Besucher sich drei Stunden von den Sorgen des Alltags losschlagen kann und neu gelächert, durch Humor gewürzt, nach Hause gehen wird.

Die Eintrittspreise sind der Zeit entsprechend von 60 Pf. bis 2 Mark für den Erstersten festgesetzt. Der Vorverkauf hat begonnen und findet wie bisher in beiden Zigarrengeschäften Gde Wald- und Kaiserstraße statt.

(.) Vorkampf im Colosseum. Der rührige 1. Karlsruher Boxklubverein 1922 ließ seinem kürzlichen Treffen mit dem Sportklub Germania nun einen Klubkampf mit dem Polizeisportverein Stuttgart folgen. Auch dieser Kampf löste wieder ein großes Interesse bei der Karlsruher Sportwelt aus; der Saal des Colosseum war außerordentlich gut besetzt.

(.) Herr Tured hat „berichtig“. Man schreibt uns: Die Abhandlung über den von den Nazis und Nazis geführten Pflichterwerb ist und die Mitteilung, daß SPD-Leute wie Tured und andere versucht haben, wieder Pflichtarbeit machen zu dürfen, hat gelesenen. Herr Tured, SPD-Mann, hat dem „Volksfreund“ eine Berichtigung und Berufung auf die pressegesetzlichen Bestimmungen zugeandt, die im Parteibüro der SPD mit Zustimmung herabgestellt worden ist.

(.) Bürgerfeuer 1932. Wir verweisen auf die im Anseigentell unserer heutigen Ausgabe abgedruckte Mahnung der Stadthauptstelle bezüglich der Bürgerfeuer 1932. Mit der Beibehaltung der auf 10. Oktober und 10. November d. J. auf Grund besonderer Förderungsatzel angeordneten Bürgerfeuer 1932 wird die Stadthauptstelle am 21. d. Mts. beginnen. Wer seiner Zahlungspflichtung bis jetzt nicht nachgekommen ist und besondere Kosten vermeiden will, hat noch bis zum 20. d. Mts. Gelegenheit, seine Steuer rückstände zu begleichen.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe. Todesfälle und Beerdigungsstellen. Theresia Wagner, 62 Jahre alt, Witwe von Heinrich Wagner, Schiffsfahrer. Beerdigung am 11. November, 14.30 Uhr. Karl König, Studienrat a. D., Chemann, alt 67 Jahre. Beerdigung am 11. November, 15 Uhr. Josef, alt 3 Monate 14 Tage, Vater Peter Kreiler, Zigarrenarbeiter. (Sambuden.) Robert Roeder, Kaufmann, Chemann, alt 72 Jahre. Beerdigung am 12. November, 14 Uhr. Emil Kleinert, Landwirt, Chemann, alt 64 Jahre. Beerdigung am 13. November, 10 Uhr, in Sulzbach.

Tageskalender der Sozialdem. Partei Karlsruhe. Achtung! Heute Hauptversammlung im „Friedrichshof“. Mitteilungsbuch ist am Saaleingang vorzusetzen. EISERNE FRONT KARLSRUHE

7. B. 3 Heute abend 8 Uhr Besprechung im Bernhardshof. 7. B. 4 Sonntag, 13. November, morgens 6.30 Uhr: Antreten am Sammelplatz, Admarck zur Uebung.

Die Polizei berichtet: Zeugin gesucht. Am 2. November, nachmittags gegen 4 Uhr, versuchte ein Mann einen Ueberfall auf eine Dame im Hardtwald in der Nähe des Platzes der Freien Turnerschaft. Während der Täter von einem Passanten verfolgt und der Polizei übergeben wurde, entfernte sich die Ueberfallene, da der Name der Frau nicht bekannt ist, wird sie erlucht, sich bei der Kriminalpolizei (Stefanienstraße 5) hier einzufinden.

Achtung, Betrügerin! Eine bis jetzt noch Unbekannte schädigte einen hiesigen Geschäftsmann dadurch, daß sie Waren in größerem Umfange bestellte und sich einen Teil davon gleich mitgeben ließ mit dem Bemerkten, daß alles zusammen bei der Ablieferung bezahlt werde. Später stellte sich heraus, daß die Bestellung fingiert war. Betrübener Zufuhr. Gestern abend wurde der Lenker eines Gerdewerks, ein Händler aus der Pfalz, in volkreicher Gemehrung genommen, weil er in stark angetrunkenem Zustand mit seinem Fuhrwerk durch Rumpur fuhr und nicht mehr in der Lage war, sein Fuhrwerk ordnungsgemäß zu lenken.

Der Zufriedene. Illustration eines Mannes, der glücklich in einem Stuhl sitzt und eine Zigarette raucht. Text: d. Pape n: „An der Situation hat sich nichts Wesentliches geändert.“

Elchspielhäuser. Badische Lichtspiele — „Melodie der Liebe“. Die herrlichste Stimme, die schönsten Lieder hören Sie in dem großen Richard-Tauber-Tonfilm „Melodie der Liebe“, der ab heute Freitag in den Badischen Lichtspielen gezeigt wird. Wieder feiert diese prächtige Stimme, diese hervorragende Darstellungskunst dieses unerreichten Künstlers neue Triumphe. Dem Film liegt eine Geschichte aus dem farbigen Leben Taubers zugrunde. Er ist also der Wirklichkeit nachgeahmt. Kein Wunder, daß die schauwunderliche Leistung Taubers diesmal hinreichend echt ist. In den weiteren Rollen spielen Lien Deyers, Sätze H. In den weiteren Rollen spielen Lien Deyers, Sätze H. In den weiteren Rollen spielen Lien Deyers, Sätze H.

Weißer Zähne: Chlorodont. Illustration eines Zahnbürstehändlers.

Veranstaltungen. Der Karlsruher Männergesangsverein bezieht nächsten Samstag, im Vorjahre seines goldenen Jubiläums, im großen Saale der „Eintracht“ abends 8 Uhr die Feier seines 49. Stiftungsfestes durch ein Konzert unter der Stadtdirection von Chorleiter Maximilian Nagel. Das verbindlichst-voll aufgestellte Programm weist 8 größtenteils im Volkston gedankte Männerchöre von Schubert, G. A. Weber, Brahms-Sagan, Schöber, Nagel, Lang und Gomus auf. Als Solisten wurden verpflichtet: Fr. L. Fertig, Sopran und Herr Dr. Dollmaier, Cello, während Herr B. Preis die Klavierbegleitung übernommen hat. Fr. Fertig wird Lieber von Schumann und Hugo Wolf singen; Herr Dollmaier Stücke von Beethoven, Schubert und Schumann zu Gehör bringen. Der Eintrittspreis von nur 50 Pf. ist der heutigen Wirtschaftslage angepaßt, so daß es jedermann möglich sein wird, das Konzert zu besuchen. Dem Konzert folgte sich für Sing und Mit ein Festball an. (Siehe Anzeiger in der heutigen Ausgabe.) Symphoniekonzert des Berliner Philharmonischen Orchesters. Das große Ereignis des diesjährigen Karlsruher Konzertwinters rückt heran: Sonntag, den 13. November spielen abends 8 Uhr in der Festhalle die Berliner Philharmoniker in voller Stärke von 96 Mitgliedern unter Leitung ihres hochberühmten, in der ganzen Welt gefeierten Dirigenten Dr. Wilhelm Furtwängler. Das ungewöhnlich harte Interesse an diesem Konzert zeigt sich in dem starken Vorverkauf. Bei der ungewöhnlichen Höhe des Honorars muß beachtlichweise ein Teil der Karten gegen andere Konzerte ungefähr um das Doppelte erhöht sein. Nur langsam gehen diese „teuren“ besten Plätze ab, während von den billigen Plätzen leider nichts mehr zu haben ist. Mit polizeilicher Erlaubnis wird am Donnerstag von 11 Uhr bis zum Beginn des Konzerts ohne Unterbrechung der Vorverkauf weiter gehen und zwar an der westlichen Seitenkasse. Dort werden zunächst alle etwa bis Samstag abend nicht abgekauften referierten Plätze, unter denen sich auch noch hunderte von billigeren Karten befinden, verkauft. Es bietet sich also auf alle Fälle am Sonntag vormittag noch Gelegenheit gute preiswerte Karten an der Festhallekasse zu bekommen. Kaffee Bauer. Heute, Freitag, finden 2 Sonderkonzerte der Kapelle Fritz Stolbera statt. Nachmittags Klavierkonzert; abends Operetten- und Schlager-Abend. (Siehe die Anzeiger.)

Karlsruher Umgebung. Annelingen. Arbeiter-Samariterbund. Groß sind die Gefahren des täglichen Lebens in den Betrieben, auf der Straße, auf den Sportplätzen und im häuslichen Leben. Ueberall lauert das Unglück, um den Menschen zu fassen. Täglich nehmen die Unglücksfälle durch den rastlos zunehmenden Verkehr zu. Von solchen Gefahren ist jeder Mensch bedroht, ohne daß immer genügend Hilfe vorhanden ist. Aber nicht nur im öffentlichen Leben droht dem Menschen das Unheil, ganz besonders ereignen sich in den Betrieben und Werkstätten dauernd Unfälle leichter und schwerer Art. Nicht Verbote und Bestimmungen sind das Mittel gegen Unfälle! Der moderne Mensch soll freiwillig und verantwortungsbewußt an der Unfallverhütung mitwirken. Der Trick, jedem vermeintlichen Menschen das Bewußtsein zu geben, ist es aber nötig, sich neben dem guten Willen Kenntnisse und Handfertigkeiten anzueignen. Sehr oft hängt von der ersten Hilfeleistung das Leben des Verunglückten ab. Die erste Hilfe ist die beste Hilfe! Diese erste Hilfeleistung zu erlernen, bietet sich jedem Menschen die Gelegenheit, in den Kursen der Arbeiter-Samariter-Kolonnen. Ueber das Thema: „Erste Hilfe bei Unglücksfällen“ spricht am Sonntag, 13. November, abends 8 Uhr, im Rathsaal in einem öffentlichen Lichtbildervortrag Herr Kreisfürsorgearzt Dr. Rappes. Der Besuch des Vortrags ist unentgeltlich und bietet jedem Menschen Gelegenheit, sich von dem Wesen und Wirken der Arbeiter-Samariter-Bewegung zu überzeugen. Wir richten deshalb an alle Arbeiter, Angestellte, Arbeiterjünger und Arbeiterportier, aber auch an die Frauen und Mädchen die Bitte: Kommt in den Lichtbildervortrag am Sonntag und in die daran anschließenden Uebungsabende der Arbeiter-Samariter. Beginn der Uebungsabende wird am Sonntag bekanntgegeben.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterstelle. Die Zufuhr kontinentaler Luft aus Nordosten hält an. Die Trockenperiode ist daher noch nicht beendet, wenn auch vereinzelt unbedeutende Niederschläge auftreten können. Wetterausichten für Samstag, den 12. November 1932: Fortdauer des bestehenden Witterungscharakters.

Wasserstand des Rheins. Basel 53, gef. 12; Waldshut 251, gef. 7; Rheineiler 123, gef. 12; Rehl 272, gef. 10; Maxau 434, gef. 11; Mannheim 324, gef. 18; Caub 231, gef. 5 Zentimeter.

Veranstaltungen. Freitag, den 11. November 1932: Badisches Landesbühnen: Volksbühne. Die Regimentskocher. 20 Uhr. Badische Lichtspiele: Melodie der Liebe. Weltprogramm. 17 und 20.30 Uhr. Sommer-Lichtspiele: Richard Tauber: Melodie der Liebe. Weltprogramm. Melodie-Lichtspiele: Die Herrin von Atlantis. Weltprogramm. Badische Landesgewerbehalle: Winterportausstellung. Geöffnet bis 20 Uhr. Friedrichshof: SPD-Hauptversammlung. 20 Uhr. Kaffee Bauer: Klavierkonzert von Kapelle Fritz Stolbera. 16 Uhr. Operetten-, Tonfilm- und Schlagerabend. 20.30 Uhr.

Dereinsanzeiger. In 4 Jahren 50 Pf. die Zeit. Bei 6 u. mehr Jahren 60 Pf. die Zeit. Vergangenes Jahr haben unter dieser Rubrik in der Regel keine Aufnahme aber werden uns Hoffentlich bald wieder besuchen. Karlsruhe. Freie Turnerschaft. Samstag abend Zusammentritt aller Mitglieder und Freunde zu besonderem Zweck im Turnerheim. Montag Mitgliederversammlung in der „Gambriusballe“. 5747. F.R. Süd (Handball). Heute abend 8.30 Uhr Spielerparlament im Volkshaus. Das Erscheinen ist unbedingt erforderlich. 5745. Naturfreunde. Heute abend Vortrag: Winterport im Schwarzwald. — Achtung! In unserem Arbeitslager Moosbrunn können noch einige Alu- oder Kri-Unterstützungsmenschen, nicht über 25 Jahre alt, beschäftigt werden. Heute noch melden! 5752. Rumpur. Naturfreunde. Sonntag nachmittags 2 Uhr Treffpunkt am Ostendorfsplatz. Besichtigung der Winterportausstellung in der Landesgewerbehalle. Karl-Friedrich-Str. 5749. Sektion der Kraftfahrer im Gesamtverband. Samstag, 12. Nov., abends 8 Uhr, Versammlung mit Vortrag in der Gambriusballe. 5748. F.R.W. Heizungsmonteur. Am Samstag, 12. Nov., abends 8 Uhr, findet eine Versammlung der Heizungsmonteure im Volkshaus statt. Tagesordnung: Bericht über die Lohnverbhandlungen in Stuttgart. 5743. Die Ortsverwaltung u. Branchenleitung.

Kein Wochenende ohne den Rheinexpress. Reich illustrierte, 2farbige Wochenendzeitung. Bestellung: Volksfreund.



**Badisches Landesstheater**  
 Freitag, 11. Nov.  
 Volksbühne:  
 November-Vorstellung:  
 Die  
**Regiments-  
 tochter**  
 Komische Oper  
 von Donizetti  
 Dirigent: Hellberth  
 Regie: Frisch  
 Mitwirkende: Fischbach,  
 Haberfort, Krüger,  
 Kopsch, Kainbach,  
 Löhr, Kuntwig,  
 S. Lindemann,  
 Weher  
 Anfang 20 Uhr  
 Ende 22 Uhr  
 Preise C (0,80—4,50 M.)  
 Der IV. Rang ist für  
 den allgemeinen  
 Verkauf freigegeben.  
 — 1932  
 Sa. 12. 11. Neu ein-  
 führt Florian Geier,  
 So. 13. 11. Der Ring des  
 Nibelungen. Dritt. Zug  
 Götterdämmerung.  
 Im Konzerthaus:  
 keine Vorstellung  
 Wer leidet 300 Mk.  
 gegen guten Hint und  
 pudrige Überdickung  
 eines Blages für Wo-  
 chenendhäuschen.  
 Angebote unter Nr. 950  
 an den Volksfreund.  
 — 1932  
 150 Mk. b. Selbstg. a.  
 kurz Zeit geg. hoch hint  
 gel. Haus- u. Grundst-  
 eig. vorh. Wdr. s. erzt.  
 unt. R2002 i. Volksfrd.  
 — 1932  
 Brad. Reiß. Mädchen  
 das schon in Stellung war  
 u. Koffen unliebsam  
 sucht Stellg. auf 15. Nov.  
 od. 1. Dez. zu erzt. unt.  
 R2002 i. Volksfrd.  
 — 1932  
 Welche gutberz. Herr-  
 schaft (heute) erbt?  
 Familie abgetr. Welt-  
 wächtige Wdr. zu erzt.  
 unt. M2061 i. Volksfrd.  
 — 1932  
 Knaben-Wintermantel  
 12-14 J. gut erhalt. für  
 6 BRL zu verk. 02053  
 Schützenstr. 75, IV.  
 — 1932  
 Erftl. Spargerde,  
 hoch frucht. güt. Ma-  
 ten, gebr. nehme i. 3 Hg.  
 Blumenstr. 11, part.  
 — 1932  
 Baumfäbrik  
 das Stück 32 J. hat noch  
 abzugeben. Karlstraße  
 11, Hüttenstr. 11  
 — 1932  
 Prima Schweine-  
 fleisch und Speck  
 50 kg 5 J. 25 Freitag  
 4 Uhr und Samstag  
 früh 8 Uhr. Walter,  
 Annelingen Schulstr. 14  
 — 1932  
 Ueber 100 gut erhaltene  
**Mad-Anzüge  
 überz.**  
 o. 10 kg m. in 25. 11.  
 Anzüge u. Mäntel  
 können billig  
 Zähringerstr. 53a, II.

# Freitag u. Samstag zu Knopf

## Man trägt wieder Streifen

In Wolle, in Seide, als Kleid, als Bluse, als Besatz!

Und unsere Preise sind so niedrig!

- Crêpe Bulgaria Kunstseide, 70 cm breit Mtr. 1.45
- Marocain-Streifen in schönfarbentendulger Ausmusterung Mtr. 2.90 2.45
- Jersey-Streifen reine Wolle, aparte Farbstellungen Mtr. 2.95
- Fleur Romain reine Wolle entzückende Streifen, großes Farbsortiment Mtr. 2.10
- Hammerschlag Wolle mit Kunstseide, moderne Streifen in schön. Farben Mtr. 4.00
- Hammerschlag aparte Travers-Streifen Mtr. 4.75

## Strickwaren

- Reinwollener Langschal in viel. schönen Farbstellung. 95
- Damen-Pullover mit buntem Schalkragen 2.75
- Damen-Pullover reine Wolle, mod. Schalgarbitur 4.50
- Damen-Pullover reine Wolle, mit Puffärmel, neuartige Garbitur 6.75
- Golfjacken reine Wolle, moderne kurze Form, blau, rot, marine, braun 5.40
- Golfjacken reine Wolle, m. buntem Schalkragen 7.90
- Herrn-Sportpullover m. Krag., reine Wolle mod. Strickart 5.90

## Strickwolle

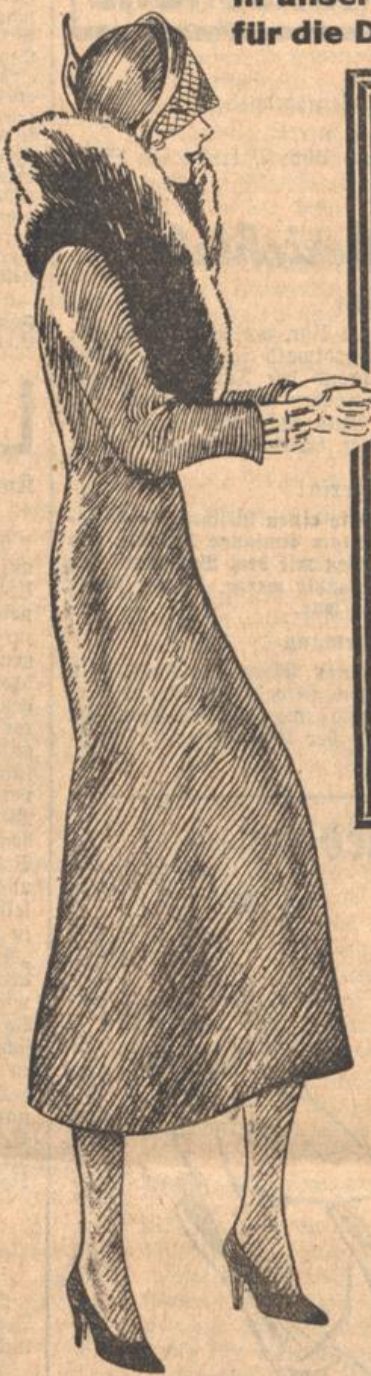
- Handschuh-Wolle 20 Gramm-Knäuel 38
- Sportwolle meliert, Starbiz 50 Gramm 25
- Schweißwolle „Eölinger“ bekannt gute Qualität 100 gr 1.17

## SPIELWAREN

- Steh-Sitz-Baby 95
- Eisenbahn 95

# Manteltage

in unserer Konfektions-Abtlg. • Billige Mäntel für die Dame • für das Mädchen • für das Kind



### Für die Dame

- Damen-Sport-Mantel Marengo und Diagonalstoff, z. T. auf Sattelfutter, z. T. 1/4 K.-S.-Futter 14.50
  - Damen-Sport-Mantel Crawstoff und Diagonalstoff, ganz auf K.-S.-Futter, feste Form 25.50
  - Damen-Mantel Diagonalstoff mit Pelzkragen 15.50
  - Damen-Mantel grau Diagonalstoff, ganz auf K.-S.-Futter, mit moderner Pelzkrawatte 19.50
  - Damen-Mantel Crawstoff, flotte Form ganz auf K.-S.-Futter, mit Pelz-Revers und Kragen 28.50
  - Damen-Mantel Marengo und Crawstoffe, sehr feine Verarbeitung, mit großem Lammkragen, ganz auf K.-S.-Futter 32.00
  - Damen-Mantel schwarz Bouclé, auf K.-S.-Marocain, Krawattenform, mit echt Fehbesatz 39.75
  - Damen-Mantel Velour-Diagonal, auf K.-S.-Futter, mit großem Marmelkragen, Frauenform 52.00
  - Damen-Mantel prima Marengostoff, ganz auf Marocain gearbeitet, mit großem Persianerkragen 69.50
- In vielen Preislagen finden Sie enorme Auswahl Damenmäntel in den neuesten Formen u. Stoffen mit groß. Pelzkrag. u. Pelzkrawatte je nach Wunsch.

### Für Mädchen und Knaben

- Sport-Mantel für Mädchen von 6 Jahren, engl. gemustert, mit Pitschwolle und Kragen 4.50
- Sport-Mantel für Mädchen von 6-9 Jahren, dunkle Farben, strenge Form 6.90
- Knaben-Mantel braun gemustert, mit kar. Futter, für 2 Jahre 5.00
- Knaben-Mantel aus verschiedenen Stoffen, von 5-8 Jahren 8.90

### Für das Kind

- Baby-Mantel Ratistoff, zum Waschen, helle Farben, für 1 Jahr 2.75

- Moderne Bindschuhe mit hohem französischem Absatz, in Boxealf Chevreau, Laek und Wildleder 7.50
- Damen-Spangenschuhe schwarz und braun, Boxealf oder Laek mit farbigem Einsatz 5.75

### Schlager-Angebot!

Echte Pfeilring - Seile 3 Stück 40

# KNOPF

## Stets frische Lebensmittel

- Hausmacher Leber- und Griebenwurst Stück 10
- Kleinfleisch in Gelee Pfd. 35
- Fleischsalat 1/2 Pfund 38
- Westl. Kochmettwurst in Ringen Pfund 75
- Frische Bratwürste Paar 25
- Geräucherte Schweinebacken ohne Knochen Pfund 85
- Wiener Würstchen 3 Paar 50
- Knackwürste Stück 14

### Vermouthwein Ltr. nur 70

- Vollreife Camembert 6 teilig 65, kleine 18 Stück 60
- Schweizerkäse Pfund 88
- Thierkäse 1/2 Pfund 48
- Romador Stück 20
- Rahmkäse 3-teilig, Karton 35

- Mastgänse Pf. 98
- Suppenhühner Pf. 75
- Hasenrücken u. Schlegel Pf. 1.00

### Frische Marinaden

- Rollmops, Blumeneckeringe, Heringe in Gelee 33
- Feathering in Tomat Dose 45

### Frisch von der See

- Kablau Ganz, kopfl. Pfd. 16
- Schellfische i. Gz. Pfd. 22
- Kablau-Filet Pfd. 28

- Weizenmehl Kristall 5 Pfd. 88
- Spezial 5 Pfd. 95
- Dynamit 5 Pfd. 1.10
- Maiskaffee 2 Pfd. 45
- Haarweizengries 2 Pfd. 45
- Süße Mandeln Pfd. 95
- Haselnüsse Pfd. 70
- Kokoslocken Pfd. 35
- Reis Pfd. 20
- Weisse Bohnen Pfd. 12
- Linsen Pfd. 25

### Apfel in Körb. v. 10 Pfd. 95

- Schwarzweizen Pfd. 25
- Wiesenkraut 3 Pfd. 8
- Rosenkohl 3 Pfd. 18
- Rotkraut 3 Pfd. 12
- Feigen 1/2 Pfd. 55
- Patzen Pfd. 18

### Karlsruher Notgemeinschaft

6. Spendenliste 9. Nov. 1932.  
 Je 5.-M: Reichsbahnoberinspektor A. Kram, Reichsbahnoberinspektor W. Adelmann, Stadtdirektor G. Winter, Sekretär a. D. M. Augustin, Professor S. Baumann, Betriebsinspektor D. Weger, Hauptkassier C. Blum, Kaufmann E. Vortoluzzi, Dr. C. Carl, Finanzsekretär F. Damer, Wwe. A. Eisele, Angestellter R. Gröber, Kassier R. G. Faltwiler, Wwe., Stadtratsmitglied A. Friedrich, Prof. Dr. R. Grimm, Kaufmann A. Hamburger, Richter J. Held, A. S., Reichsbahnrat a. D. J. Hofber, Betriebsmann A. Hüthig, Pfarrkurat A. Koch, J. S., R., Dr. C. Kraus, Inspektor D. Lampert, Richter a. D. C. Rana, Zerstörer A. Leub, Reichsbahninspektor C. Lohde, Frau M., Kaufmann S. Waber, Finanzsekretär A. Weinig, Professor I. R. S. Kopper, Finanzrat Dr. E. Schent, Frau Sch., Lehramtsassistent Dr. B. Sütterlin, Bankbeamter C. Tritschler, Reg. Rat G. Weber, Kaufmann W. Weck.  
 Je 10.-M: Gewerkschaftssekretär R. Fobender, W. F., Stadtratsrat F. Gut, Zugemelter a. D. F. Herrmann, Oberverwaltungsgerichtsrat Dr. G. Herrmann, Oberleutnant a. D. Freilber von Holzhausen, Frau B. Huber, Reichsbahnoberrat A. Kocum, Oberregierungsrat G. Schmitt, Bau- rat E. Zlieb, Reichsbahninspektor B. Straß, Weib & Köhler G.m.b.H.  
 Je 15.-M: Oberpostdirektor a. D. C. Wümel, Rediger R. Weckert, Regierungs- rat Dr. C. Wittmann.  
 Je 20.-M: Schlossermeister A. Schladter, Landgerichtsdirektor C. Winter.  
 Je 25.-M: Medizinermeister S. Watz, Oberrechnungsrat W. Wirtin, Edel-Ing. Ed. Damm, Fabrikant S. Diefenbacher, Hans Diefenbacher, Sadfabrik, Hochschulpfarrer Dr. Aug. Friedrich, Oberrechnungsrat A. Hoffmann, Professor F. Horn, Justizrat Dr. C. Huber, Oberrechnungsrat Müller-Treier, Ref. Oberinspektor Radloff, Warte- r.

### Karlsruher Bürgersteuer 1932 Mahnung

A. Ablieferung der am Lohn der Arbeit- nehmer einbehaltenen Bürgersteuer durch die Arbeitgeber.  
 Arbeitgeber, die bürgersteuerpflichtige Arbeitnehmer beschäftigen, haben die Bürgersteuer 1932 an dem Lohn der bei ihnen beschäftigten Arbeitnehmer in den in der Bekanntmachung der Stadthaupt- stelle vom 20. September 1932 (Wohnst. V. erster Abt.) bezeichneten Teil- beträgen bei den nächsten auf die Fällig- keitstage folgenden Lohn- oder Gehalts- zahlungen einzubehalten und an die Stadthauptstelle abzuliefern (Wohnst. V. vierter Abt. obiger Bekanntma- chung). Bis jetzt waren die auf 10. und 24. Oktober 1932 fälligen Lohn- und Gehaltszahlungen abgeführt worden. Die Erfüllung dieser Ablieferungs- pflicht wird hiermit erinnert.  
 Derjenige Arbeitgeber, der seiner Verpflichtung zur Abführung der Bür- gersteuer nicht rechtzeitig nachkommt, hat dies bis zum Ablauf der Ablieferungs- frist der Stadthauptstelle anzuzeigen. Unterläßt er diese Anzeige, so hat er damit eine Steuerhinterziehung began- nen, für welche die Reichsabaord- nung eine Ordnungstrafe bis zu 10 000 Reichsmark anordnet. Da anstelle der Ordnungstrafe eine Strafe wegen Steuerhinterziehung verwirkt ist, hängt davon ab, ob der Willkür die Ablie-

### Gaggenauer Anzeigen

Weglaufverfügung betr.  
 Die Stadtgemeinde Gaggenau verteidigt am Mittwoch, den 16. November 1932, nachmittags 2 Uhr ca. 35 Lose Weglauf im Gemeindefeld links der Wura. Zusammen- tritt an der Wurastraße und am Donner- tag, den 17. November 1932, nachmittags 2 Uhr 15 Lose Weglauf im Gemeindefeld rechts der Wura.  
 Kellerwirtschaftsstabs des Badischen Weinbauinstituts.  
 Vom Dienstag, den 29. November bis Don- nerstag, den 1. Dezember 1932, hält das Badische Weinbauinstitut in Freiburg in seinen Räu- men Bismarckstraße 21, einen Kellerwirt- schaftstabs ab, um Wängern, Kütern, Wätern und Weinbauern Gelegenheit zu geben, sich mit den neuen Methoden der Weinbereitung und Weinbehandlung vertraut zu machen. Vorträge werden Vorträge über alle wic- tigen Gebiete der Kellerwirtschaft abgehalten, die Nachmittage sind praktischen Unter- richtungen gewidmet. Die Gefolge freiberger Keller haben den Wert dieser Veranstaltung über- zeugend dargelegt. Es sollte deshalb kein Zurechtfinden diese Gelegenheit, sein Wissen zu bereichern, vorbeizugehen lassen.  
 Die Teilnehmer müssen das 18. Lebensjahr zurückgelegt haben. Wegen der Abhängig- keitsprüfung dieser Karte kann daran nur teilnehmen, wer sich bis spätestens 25. No- vember beim Weinbauinstitut angemeldet und die Ausgebühren von 3.- RM. einbezahlt hat.  
 Fällige Steuern im Monat November 1932.  
 Im Monat November sind folgende Steuern zu entrichten:  
 10. November 1932: Umlagesteuer für Monat Oktober, 15. November 1932: Vermögenseinkommensteuer III. Viertel 1932. Einkünfte vorangekommener Steuern können bei der Einkommensteuer, hier bezahlt wer- den. Vorbrüche zur Umlagesteuer sind dolo- schaftlich.  
 Gaggenau, den 10. November 1932.  
 Der Bürgermeister: Schneider.

### Angebot für Hausierer!

Derren- u. Damenwäpfe, Bett- u. Tischwäsche, Strümpfe und Strickwaren. Reichlichen Sie bitte ganz unverbindlich mein Lager. Preis- werteste Qualitätsware. Karlstraße, Kriegs- straße 116, neben Hotel Germania 5720

### Unser großer Verkaufserfolg

„Deutsche Woche“  
 war wieder einmal ein glänzender Beweis unserer Leistungsfähigkeit.  
 Von den ausverkauften  
 6 Schlafzimmer  
 6 Wohn- u. Reformküchen  
 5 Speise- u. Herenzimmern  
 wurde ein großer Teil sogar mehrere Mal verkauft. Wir waren überzeugt, daß wir den größten Erfolg haben werden, aber unsere Erwartungen wurden noch über- troffen. Dieser Erfolg zeigt eindeutig, daß wir das Richtige bringen, unsere Preise und Bedingungen die günstigsten sind. Vielfachen Wünschen zahlreicher Inter- essenten Rechnung tragend, die sich auf der Ausstellung noch nicht zu einem Kauf entschließen konnten.  
 verlängern wir den Verkauf zu Ausstellungspreisen um 14 Tage!  
 Sie haben also nochmals Gelegenheit unsere schäner Modelle der Ausstel- lung zu den außerordentlich niedrigen Aus- stellungspreisen zu kaufen.  
**Möbel-Fachhaus**  
**Fortuna**  
 G. m. b. H., Erbprinzenstr. 30  
 Unsere Ausst. llung umfaßt über 200 Zimmer und Küchen